
Hannover

Hannover in den Jahren 1945/46

Die **Besetzung** Hannovers, der Hauptstadt der gleichnamigen preußischen Provinz, erfolgte am 10.4.1945 ohne größere Kampfhandlungen durch Einheiten der 9. US-Armee. Die Amerikaner errichteten im Neuen Rathaus eine vorläufige Militärregierung, übertrugen aber bereits einen Tag später den Briten die Militärverwaltung. Hannover wurde gleichzeitig Sitz der Provinzialmilitärregierung der Provinz Hannover und der Länder Braunschweig und Oldenburg (XXX. Corps District, 229. Detachment).

Die **Bevölkerungszahl** der Stadt war zu dieser Zeit stark zurückgegangen. Viele Menschen waren noch kurz vor Kriegsende aufs Land geflüchtet. Von den am 17.5.1939 in Hannover lebenden 470.950 Menschen waren Ende 1944 nur noch 298.565 in der Stadt verblieben. Im Juli 1945 waren es bereits wieder 330.655. Danach stieg die Einwohnerzahl durch zurückkehrende Evakuierte und Flüchtlinge weiter stetig an. Im gesamten Regierungsbezirk Hannover hielten sich im November 1945 166.221 Flüchtlinge auf.

Der **Zerstörungsgrad** in Hannover war erheblich, denn bis Kriegsende wurde die Stadt aus der Luft angegriffen. Knapp 100 Luftangriffe hatten dafür gesorgt, daß ca. 50% aller Geschäftshäuser, 61% der Wohnhäuser und 79% der öffentlichen Gebäude zerstört waren. Historische Bauten wie das Leibnizhaus, die Alte Kanzlei und das Herrenhauser Schloß waren schwer beschädigt. Die Innenstadt war fast vollständig zerstört: Insgesamt 93,2% der Häuser waren beschädigt oder nicht mehr bewohnbar. Dagegen funktionierte die Wasserversorgung nahezu reibungslos. Bis August 1945 konnte fast die ganze Stadt wieder mit Strom versorgt werden, dasselbe galt für die Gasleitungen, die rasch repariert werden konnten.

Die ohnehin ungünstigen Lebensverhältnissen verschärften sich, weil das **Wirtschaftsleben** bei Kriegsende zunächst völlig am Boden lag. Bis 1945 war Hannover ein wichtiges Handels- und Industriezentrum in Norddeutschland gewesen. Dabei dominierten die Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie. Mit Hanomag war ein bedeutender Kraftfahrzeughersteller in der Stadt. Aber durch alliierte Luftangriffe waren 61% der Industrieanlagen zerstört worden. Der größte Rüstungskonzern in Hannover, die Continental-Gummiwerke, verlor in den letzten Kriegstagen mit dem Werk in der Vahrenwalderstraße seine größte Produktionsstätte. Aber seit Ende April durften Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten die Produktion wieder aufnehmen. Außerdem schlossen sich die Arbeitgeber rasch wieder zusammen: Bereits im Mai 1945 waren die Unternehmerverbände in Hannover durchorganisiert.

Die britische Militärregierung hatte großes Interesse am raschen Aufbau einer funktionierenden **Stadtverwaltung** unter deutscher Beteiligung. Einen Tag nach der Besetzung Hannovers durch die Amerikaner wurde deshalb Gustav Bratke, vor 1933 Gemeindevorsteher in Misburg, auf Vorschlag der Sozialdemokraten Albin Karl, Erwin Barth und Heinrich Möhle als Oberbürgermeister ernannt. Gleichzeitig beriefen die Briten einen Stadtrat, der die Verwaltungsarbeit unterstützte. Einen wichtigen Anteil am Verwaltungsaufbau hatte der Ausschuß für Wiederaufbau, ein aus der illegalen Arbeit hervorgegangener Antifaausschuß.

Die **Gewerkschaftsarbeit** unterstand 1945 zunächst einem Unterausschuß des am 11.4.1945 gebildeten Ausschusses für Wiederaufbau und begann auf Betriebsebene: In etwa 120 Betrieben wurden innerhalb kurzer Zeit Betriebsvertretungen gebildet. Am 24.5. fand eine erste Betriebsräteversammlung mit ca. 400 Delegierten statt. Es wurden erste Richtlinien, die von Albin Karl, Louis Böcker und Hermann Beermann, alle bereits vor 1933 gewerkschaftlich aktiv, maßgeblich erarbeitet worden waren, beschlossen, um eine „Allge-

meine Gewerkschaft“ als Einheitsorganisation zu gründen. Außerdem wurde ein geschäftsführender Gewerkschaftsvorstand gewählt.

Die **parteilpolitische Arbeit** wurde bereits Ende April 1945 aufgenommen. Dabei entwickelte sich Hannover zum Zentrum der Nachkriegssozialdemokratie in den Westzonen. Am 29.4.1945 fand die erste SPD-Funktionärsversammlung mit 80 Teilnehmern statt. Am 20.8. wurde die Zulassung einer Ortsgruppe bei der britischen Militärregierung zum ersten Mal beantragt, am 14.10. konnte die SPD ihre erste Massenkundgebung durchführen. Aber erst am 12.12.1945 wurde die SPD in Hannover offiziell zugelassen. Kurt Schumacher, bald der führende Sozialdemokrat in den Westzonen, wurde 1. Vorsitzender des Ortsvereins.

Die Kommunisten arbeiteten zunächst auf der Grundlage des Berliner ZK-Aufrufes der KPD vom 11.6.1945 und forderten eine enge Zusammenarbeit von SPD und KPD. Am 8.8. stellte die KPD zum ersten Mal einen Zulassungsantrag, die erste KPD-Versammlung konnte am 26.10. stattfinden. An einer öffentlichen Kundgebung am 10.11. nahmen 3.000 Menschen teil. Zuvor waren Bemühungen der KPD, mit den Sozialdemokraten eine Einheitsfront zu bilden, an der ablehnenden Haltung Schumachers gescheitert. In der Antwort vom 21.9.1945 auf eine entsprechende Anfrage der Kommunisten forderte die SPD-Führung, die Zentrumspar- tei müsse an der Einheitsfront beteiligt werden, was der Ablehnung einer einheitlichen Organisation gleichkam.

Neben der SPD und der KPD wurden seit April 1945 auch die Weichen für die anderen Parteien in Hannover gestellt. Die Niedersächsische Landespartei (NLP) wurde zunächst die größte bürgerliche Kraft in der Stadt. Die Partei, die unmittelbar an die Welfenpartei von vor 1933 anknüpfte, trat zum ersten Mal im Mai 1945 an die Öffentlichkeit. Die Hannoveraner CDP nahm ihre Arbeit in den Sommermonaten des Jahres 1945 auf. Sie stützte sich hierbei auf die Kölner Leitsätze der CDU. Maßgeblich hervorgegangen war sie aus der Zentrumspar- tei - der Zentrumsrepublikaner Bernhard Pfad wurde zur Leitfigur der Hannoveraner Nachkriegs- CDU. Aus der ehemaligen DDP ging im Sommer 1945 die Demokratische Union hervor, die sich im Februar 1946 in FDP umbenannte.

Daneben hatten sich in den letzten Kriegstagen in Hannover verschiedene **Antifaausschüsse** gebildet. Der wichtigste war der Ausschuß für Wiederaufbau, der aus sozialdemo- kratischen, kommunistischen, christdemokratischen und jüdischen Mitgliedern bestand und sich noch am 11.4. konstituierte. Hauptaufgabe des Ausschusses war die wirtschaftliche Be- lebung der Stadt, aber auch der Wiederaufbau der Gewerkschaften, des Presse- und Schulwe- sens sowie die Entnazifizierung wurden in Angriff genommen. Dazu kamen verschiedene Unterausschüsse und selbständige Stadtteilausschüsse. Der Ausschuß für Wiederaufbau wur- de von der britischen Militärregierung zunächst genehmigt, jedoch bereits am 2.6.1945 wie- der aufgelöst.

Noch im Jahre 1945 wurden der „Neue Hannoversche Kurier“ als überparteiliche **Zeitung** sowie die „Hannoversche Volksstimme“, die der KPD nahestand, von der britischen Besat- zungsmacht lizenziert. Es folgten am 3.7.1946 zunächst die CDU-nahen „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“. Kurz darauf, am 19.7.1946, wurde als SPD-Zeitung die „Hannover- sche Presse“, die aus dem „Neuen Hannoverschen Kurier“ hervorging, lizenziert.

Am 13.10.1946 fanden in der britischen Zone **Kommunalwahlen** statt. Die Ergebnisse in Hannover im Vergleich zu den Reichstagswahlen im Jahre 1932:

	31.7.1932	6.11.1932	13.10.1946
SPD	36,8%	33,9%	48%
CDU	-	-	15%
NLP	-	-	24%
KPD	9,4%	12,9%	6%
FDP	-	-	7%
Zentrum	4,6%	4,3%	-
DNVP	4,5%	8,0%	-
NSDAP	40,2%	34,9%	-
sonstige	4,5%	6,0%	-

Berichterstatter aus Hannover war hauptsächlich Alfred Dannenberg, daneben Hermann Beermann und der Braunschweiger Otto Bennemann. Dannenberg, Mitglied des ISK und nach 1933 an der illegalen ISK-Arbeit in Hannover beteiligt, war 1938 über die Schweiz und Liechtenstein nach London emigriert. Im Mai 1945 kam er mit Hilfe des OSS gemeinsam mit Otto Bennemann über Maastricht nach Hannover zurück. Dannenberg engagierte sich in der Folge maßgeblich beim Gewerkschaftsaufbau in Hannover, bis er 1954 stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes in Genf wurde. Hermann Beermann, ebenfalls nach 1933 an der illegalen Arbeit des ISK in Hannover beteiligt, ging 1945 in die SPD, wurde 1947 Vorsitzender des niedersächsischen DGB und 1962 2. Vorsitzender des DGB auf Bundesebene.

Bibliographic:

- Albrecht, Willy (Hg.): Kurt Schumacher. Reden, Schriften, Korrespondenzen. Berlin, Bonn 1985
- Fricke, H. J.: Die Neuordnung der Industrie- und Handelskammer zu Hannover vor 10 Jahren. Hannover 1955
- Friederici, Gerhard: Die Entnazifizierung im Regierungsbezirk Hannover. Schriftl. Hausarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Hannover 1985
- Grabe, Thomas; Hollmann, Reimar; Mlynek, Klaus: Unter der Wolke des Todes leben... Hannover im Zweiten Weltkrieg. Hamburg 1983
- dies.: Wege aus dem Chaos. Hannover 1945-1949. Hamburg 1985
- Hengst, Jürgen: Der Wiederaufbau einer lokalen SPD-Organisation 1945-46 im Kontext der Neugründung auf Westzonenebene am Beispiel Hannover. Hausarbeit TU Hannover 1975
- Koberg, Heinz: Hannover 1945. Zerstörung und Wiedergeburt. Bilddokumente eines Augenzeugen. Hannover 1985
- Krug, Martina; Mundhenke, Karin: Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln 1945-1972. Hildesheim 1988
- Lauenroth, Heinz; v. Gösseln, Hans: Anpacken und vollenden! Hannover 1949. Hannover 1949
- Levèvre, Albert: 100 Jahre Industrie- und Handelskammer von Hannover. Wiesbaden o.J. (1966)
- Marshall, Barbara: The democratisation of local politics in the British Zone of Germany: Hannover 1945-1947; in: Journal of Contemporary History 21 (1986), S.413-451
- Plath, Helmuth; Mundhenke, Herbert; Brix, Ewald: Hannover - Heimatchronik der Hauptstadt. Köln 1956

- Projekt Arbeiterbewegung in Hannover (Hg.): Reader zur Geschichte der Hanomag-Belegschaft und ihrer Interessenvertretung 1920-1980. Hannover 1983
- Riesche, Hans Peter: Die hannoversche Arbeiterbewegung 1890-1950. Einige Ergebnisse; in: Uni Hannover 11 (1984), S.27-38
- Riesche, Hans Peter; Algermissen, Gundolf: Hannover 1945/46. Die Gewerkschaften organisieren sich neu... Hg. vom DGB-Kreis Hannover. Hannover 1985
- Rischbieter, Henning: Hannoversches Lesebuch. Bd. 2, 1850-1950. Seelze, Hannover 1978
- Röhrbein, Waldemar: Vom Aufbau zum Untergang. Aus den Jahren 1925 bis 1945; in: Hannover im 20. Jahrhundert. Aspekte der neueren Stadtgeschichte. Beiträge zur Ausstellung. Hannover 1978, S.116-150
- Sommer, Wilhelm: Geschichte der SPD in Wenningsen 1945-1948. Hrsg. vom SPD-Ortsverein Wenningsen. Wenningsen 1987
- Städtisches Presseamt Hannover (Hg.): Drei schwere Jahre. Ein Bericht der Bauverwaltung der Hauptstadt Hannover. Hannover 1948
- Tasch, Dieter: Vor 20 Jahren; in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 3./4.4. - 14.4.1965 (10 Folgen)
- ders.: Hannover im Bombenkrieg 1943-1945. Hannover 1983
- ders.: Hannover zwischen Null und Neubeginn. Hannover 1985
- Zimmermann, Helmut: Hannover. Geschichte unserer Stadt. Stuttgart 1972
- Zorn, Gerda: Stadt im Widerstand. Frankfurt 1965
- dies.: Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920-1946. Frankfurt 1977

Alfred Dannenberg aus Hannover, 7.6.1945

ISK Box 64
maschinenschriftlich

Neugründung der SPD in Hannover

Es besteht ein etwa 20 Personen umfassender Parteiausschuß. Ihm gehören meistens solche früheren SP-Mitglieder an, die zwar ein neues Programm wollen, das sich aber von dem alten Programm der Partei nicht wesentlich unterscheiden soll. Es gibt aber auch drei jüngere Genossen in diesem Ausschuß, die keine Wiederholung der alten SPD wollen und sich für eine gemeinsame Beratung des Problems der Parteineubildung mit dem ISK und der SAP einsetzen. Offenbar unter dem Druck von dieser Seite hat das Vorstandsmitglied Albin Karl einem ISK-Mitglied auch eine solche gemeinsame Beratung in Aussicht gestellt, aber seit mehreren Wochen nichts mehr von sich darüber hören lassen. Die drei jüngeren Mitglieder sind:

Henn, früher Polizeioffizier,
Holzhausen, früher Sekretär der SAJ,
Egon Franke.

Neben diesem Ausschuß besteht ein Vorstand von fünf Mitgliedern, nämlich:
Albin Karl, früher Vorsitzender der Hauptverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes, jetzt einer der Beauftragten für Gewerkschaftsneugründung.

Dr. Schumacher¹, früher MdR für Süddeutschland, zehn Jahre KZ.

Richard Wassermann.

Karl Lotz.

Schwerdtmann.

Anfang Mai fand eine von etwa 150 Personen besuchte vorbereitende Versammlung für die Neugründung der Partei statt. Das Sitzungszimmer des Polizeipräsidiums wurde hierfür benutzt. Zugelassen waren nur bekannte SP-Leute. Einige SAP-Mitglieder, die eine Einladung erhalten hatten, durften den Versammlungsraum nicht betreten.

Vorsitz in der Versammlung: Henn.

Redner: Schumacher.²

In einer rhetorisch außerordentlich guten Rede verteidigte Schumacher die frühere Politik der SPD als richtig. Er bekannte sich zu einem Programm, das schon im Namen der SPD seinen wörtlichen Ausdruck findet: Soziale Demokratie. Irgendeine Zusammenarbeit mit der KPD lehnte er ab. Die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Gruppen wurde von dem Redner, der wie alle zum führenden Kreis gehörenden Genossen über die Arbeit der Union³ in London informiert ist, mit einer Art wohlwollenden Hochmuts behandelt. Das Verhältnis der genannten Gruppen zur SPD sei das des Zwerges zum Berge. Selbstverständlich müsse der Zwerg zum Berg kommen. Falls die ISK- und SAP-Genossen wieder in der SPD mitarbeiten wollen, seien sie willkommen.

Die Rede wurde vom Versammlungsvorsitzenden als so vorzüglich bezeichnet, daß sich eine Diskussion erübrige. Aus der Versammlung wurde nichts dagegen gesagt, und eine Aussprache fand deshalb nicht statt.

Mittlerweile wurde die Werbung für die noch nicht offiziell zugelassene SPD durch Unterschriftensammlung eingeleitet. Die Unterzeichner der zirkulierenden Listen erklären sich bereit, der SPD als Mitglied beizutreten, falls die Partei von der Militärregierung zugelassen wird.

7. Juni 1945

Alfred

Alfred Dannenberg aus Hannover, 7.6.1945

ISK Box 57

maschinenschriftlich

Politische Polizei

Der jetzige Polizeipräsident von Hannover ist der frühere Polizeipräsident Barth (SPD). Auf Veranlassung des Ausschusses für Wiederaufbau bildete er eine Politische Polizei (PP), die sich aus zuverlässigen Linken zusammensetzte (ehemalige Mitglieder der SPD, KPD,

¹ Dannenberg wie Bennemann schrieben den Namen Schumachers anfänglich noch mit „h“, was auf den relativ geringen Bekanntheitsgrad Schumachers im Norden Deutschlands hinweist. Die Schreibweise wurde stillschweigend korrigiert.

² Gemeint ist die Versammlung sozialdemokratischer Funktionäre am 6.5.1945 in Hannover, auf der Kurt Schumacher die im folgenden erwähnte Rede hielt. Für einen Abdruck der Rede vgl. Albrecht, Schumacher, S. 203-236.

³ Vgl. hierzu oben, S. 53

SAP und andere). Die Leitung dieser PP übernahm ein ehemaliger Polizeioberleutnant Meincke, der 1933 von den Nazis entlassen wurde.

Zwei Kriminalsekretäre wurden zur Schulung und als Berater in laufenden Arbeiten in die PP übernommen. Beide waren keine Mitglieder der NSDAP. Die PP bestand aus 31 Mann.

Die Arbeit der PP bestand hauptsächlich in der Verfolgung derjenigen Nazis, die die Alliierte Polizei (in Hannover die englische Feldpolizei) nicht automatisch vornahm - unter dem Ortsgruppenleiter. Auch hier nur diejenigen Nazis selbstverständlich, die sich durch ihr Benehmen unter Hitler besonders „ausgezeichnet“ hatten.

Geschäftsgang: Die PPs nahmen sich entweder Nazis aus eigener guter Erinnerung vor oder solche, die ihnen durch eine Anzeigenstelle - eingerichtet im Polizeipräsidium und für jedermann offen - genannt wurden.

Die PP hatte das Recht festzunehmen. Verdächtige Nazis also, bei denen Fluchtverdacht oder Verdunkelungsgefahr bestand, wurden verhaftet, ein kurzer Bericht (vorläufiger) an die englische Feldpolizei angegeben und dann die Ermittlungen in ihrem Falle von den PPs eingeleitet. Die PP nahm dann Zeugenvernehmungen und Haussuchungen vor, oder was immer zur Aufklärung eines Falles notwendig war. Nach der „Schließung der Akten“ bei der PP gingen die Angelegenheiten zur endgültigen Erledigung, d.h. zur Festsetzung oder Freilassung, nach der englischen Feldpolizei.

Am 10. Mai 1945 löste der englische Geheimdienst die PP, ohne eine Begründung zu geben, auf. Ein Offizier des Dienstes soll geäußert haben, daß es nur eine englische politische Polizei gäbe und keine deutsche.

Äußerer Anlaß war außerdem, daß PPs sich Übergriffe zuschulden kommen ließen. Beispielsweise wurden beschlagnahmte Sachen nicht auf dem Polizeipräsidium abgeliefert, bei Festnahmen wurden Türfüllungen eingetreten, und es gab einen Fall von eigenmächtiger Festnahme, ohne angeblich triftige Gründe zu haben. (Es hat sich überhaupt als schwierig herausgestellt, legal gegen solche Nazis vorzugehen, die zwar unter Hitler ganze Wohnblocks oder Wohnviertel terrorisierten und das Blut mancher Antinazi zum Kochen gebracht hatten, aber denen doch positiv gesetzlich nichts zur Last gelegt werden kann und darum auch nichts geschieht.) Nazis in einem Wohnviertel äußerten sich nach der Auflösung der PP: Nun kann uns ja nichts mehr passieren!

Außer der Verfolgung der Nazis hatte sich die PP der entlassenen Konzentrationslagerhäftlinge angenommen. Durchreisende und Einheimische, Deutsche und Ausländer wurden gepflegt, eingekleidet und untergebracht. Die PP als Wohlfahrtspfleger mag ein bißchen komisch erscheinen, ist es aber nicht. Hier in diesem Durcheinander ist es gut, diese Dinge von einer Stelle vornehmen zu lassen, die ein wenig Autorität besitzt (Beschlagnahmerecht). Diese Hilfe für die KZ-Häftlinge wurde nach der Auflösung der PP dem Wohlfahrtsdezernenten der Stadt übertragen.

N.B. In Bremen besteht dieselbe Einrichtung der PP noch.⁴

7. Juni 1945

Alfred

⁴ Die KGF beteiligte sich mit der halbpolizeilichen „Abteilung Bruns“ an der Verhaftung von Nationalsozialisten in Bremen. Ihre Mitglieder verfügten über Ausweise, waren von der Besatzungsmacht ermächtigt, Haussuchungen vorzunehmen, Verhöre und ggf. Verhaftungen durchzuführen. Die Abteilung Bruns war dabei jedoch nicht viel mehr als eine CIC-Hilfsgruppe. Schon im Laufe des Sommers 1945 mußte die Abteilung ihre polizeiliche Tätigkeit einstellen. Vgl. hierzu Brandt, Antifaschismus, S. 138-143.

Otto Bennemann aus Hannover, 15.6.1945

ISK Box 57
maschinenschriftlich

Bericht über den Ausschuß für Wiederaufbau

Seit Ende 1944 bestand Fühlung zwischen Albin Karl (SPD) und Karl Hofmann (ISK) mit dem Zweck, gemeinsames Vorgehen der beiden Organisationen für den Augenblick des Zusammenbruchs der Nazidiktatur bzw. der Besetzung des Gebietes durch die Alliierten Armeen zu sichern. Karl hatte mittels eines nach 1933 von ihm begonnenen Seifenvertriebs gute Verbindungen zu Mitgliedern und Funktionären der SP aufrechterhalten. Er behauptete, daß die SPD am Orte für alle sich aus dem Zusammenbruch ergebenden Aufgaben völlig vorbereitet sei, übertrieb aber dabei wahrscheinlich.

Im März 1945 gab Hofmann die Programmentwürfe der Union der Sozialistischen Organisationen in Großbritannien⁵ an Karl, damit dieser sie in den führenden Kreisen der SP zirkuliere und mit ihnen diskutiere.

Karl und Hofmann verabredeten, sich den Alliierten Kommandanten sofort nach der Besetzung zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen und ihm oder ihnen Vorschläge für die Besetzung wichtiger Ämter zu machen. Sie einigten sich auf folgende Vorschläge:

Oberbürgermeister: Bratke, SPD,
Polizei: Henn, SPD, und Lücke, SAP,
Arbeitsamt: Beermann, ISK.

Nach der Besetzung am 10. April stellten Vertreter der SPD die Verbindung mit dem Amerikanischen Kommandanten im Rathaus noch am gleichen Tage her, während es dem ISK erst zwei Tage später gelang. Mittlerweile waren ernannt worden:

Oberbürgermeister: Bratke, SPD, 70 Jahre (zuerst wegen seines Alters abgelehnt, aber später genehmigt, weil kein Jüngerer genannt werden konnte),
Polizeipräsident: Barth, SPD (vor 1933 im gleichen Amt),
Güternahverkehr: Wilhelm Möhle⁶ (SPD).

Albin Karl, vom Amerikanischen Kommandanten mit folgenden Worten ermutigt: „Sie haben jetzt die Regierungsgewalt, bilden Sie nun eine Regierung“, gründete darauf den Ausschuß für Wiederaufbau.⁷

Karl berief 16 SP-Mitglieder. Zwei KP-Leute meldeten sich und wurden aufgenommen. Ihre erste Frage: Wo ist unser Fraktionszimmer? Zwei ISK-Mitglieder führten sich ebenfalls selbst ein. Ansprüche der SAP - wohl zu schüchtern vorgebracht - wurden abgelehnt. Andere Mitglieder: Dr. Pfad (linker Katholik), Henkel (Demokrat), zwei Mitglieder der jüdischen Delegation. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses stieg nach und nach auf 31.

In den einzelnen Stadtbezirken sollten nach den Plänen der SPD gleichzeitig Unterausschüsse entstehen, die sich um die SP-Bezirksvorsitzenden gliedern sollten. In einigen Bezirken wurde durch Initiative der SAP und in einigen anderen durch die KPD Unterausschüsse aus Mitgliedern verschiedener Gruppen gebildet. In den anderen Bezirken führte die SP ihren Plan durch. Es gibt insgesamt etwa 20 Unterausschüsse. Einige leisteten gute Arbeit.

Der Ausschuß, obwohl als Ganzes schlecht organisiert und arm an fähigen Persönlichkeiten, leistete dennoch gute Arbeit auf den verschiedensten Gebieten, oft mit guter Unterstüt-

⁵ Vgl. hierzu oben, S. 53

⁶ Gemeint ist Heinrich Möhle.

⁷ Der Ausschuß konstituierte sich am 11.4.1945. Zum Ausschuß für Wiederaufbau vgl. Arbeiterinitiative 1945, S. 451-502.

zung der Unterausschüsse. Ruf und Autorität waren noch weit besser, als der Ausschuß es durch seine Tätigkeit und durch seine Befugnisse verdiente. Während der Zeit der Amerikanischen Besatzung nahmen in der Regel zwei Offiziere der Amerikanischen Armee an den Sitzungen teil. Von der späteren englischen Besatzung wurden keine Vertreter entsandt. Im folgenden gebe ich eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten Aktivitäten.

1. Ein Verbindungsmann zur amerikanischen Feldpolizei wurde gestellt. Adressen von Nazis wurden gesammelt und der Feldpolizei übergeben, so daß Verhaftungen erfolgen konnten. Bei Verhaftungsaktionen wurden Begleiter gestellt. Die spätere englische Besatzung nahm Hilfe dieser Art kaum in Anspruch.
2. Eine politische Polizei wurde gebildet. Siehe Sonderbericht.⁸
3. Die Einspannung von Nazis zu Aufräumarbeiten wurde organisiert mit Hilfe des umbesetzten Arbeitsamtes und der ebenfalls umbesetzten Polizei. Bis heute werden etwa 1.500 Nazis beim Schippen beschäftigt gegen Zahlung eines Stundenlohns von 73 Pfg. Obwohl diese Arbeitsgruppen den Besatzungstruppenteilen, von denen sie meistens angefordert werden, ausdrücklich als Nazis deklariert gesandt werden, werden sie oft zu freundlich von diesen behandelt, z.B. durch Zuteilung von Essen und Armeerationen.
4. Entfernen der Nazis aus Kleingärten und Verteilung der freiwerdenden Gärten an Antinazis, da eine sehr große Knappheit an solchen Gärten besteht. Hier haben die Unterausschüsse gute Arbeit geleistet.
5. Einsetzen eines Wohnungskommissars (Fritz Möhle, SP). Einsetzen eines Vertrauensmannes für jede Nebenstelle des Wohnungsamtes zur Sicherung der richtigen Behandlung der Nazis bei der Verteilung von Wohnraum und ordentlichen Regelung der Entfernung von Nazis aus guten Wohnungen und ihre Verteilung an ausgebombte Antinazis.
6. Initiative zur Schaffung eines Ausschusses für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, und im Zusammenhang damit die Schaffung von freien Betriebsvertretungen und die ersten Schritte zur Säuberung der Betriebe von Nazis. Besonderer Bericht hierüber folgt.⁹
7. Entfernung der Nazis aus Körperschaften und Betrieben:
 - a) Neubesetzung des Städtischen Gesundheitsamtes (Dr. Nagel, SP).
 - b) Ernennung eines Dezernenten für den Wiederaufbau des Schulwesens (Stadtsschulrat Deike, SP).
 - c) Initiative zur Säuberung der Justiz. Schaffung eines fünfköpfigen Ausschusses unter Dr. Wilhelm Ellinghaus, der gute Arbeit leistet bei der Ausschaltung von Nazirechtsanwälten und Richtern. Dieser Ausschuß ging den englischen Stellen manchmal zu weit, und sie griffen ein und ließen Nazirechtsanwälte wieder zu.
 - d) Neubesetzung der Organisation für die Versorgung der Kriegsoffer (Gläser, KP).
 - e) Säuberung und Neubesetzung des Arbeitsamtes Hannover und des Landesarbeitsamtes, durchgeführt durch Beermann, ISK. Für jedes der Ämter wurde ein sechsköpfiger Ausschuß geschaffen, bestehend aus je zwei Beamten des Amtes, zwei Vertretern der Arbeiter und zwei Arbeitgebern. Arbeitervertreter: Beermann, ISK, Gläser, KP. 18 Nazis wurden sofort entlassen, weitere Entlassungen sind in Vorbereitung.
 - f) Säuberung der Wirtschaftskammern.

Umsetzung des Vorstandes in der Industrie- und Handelskammer. Einige der neuen Namen: Henkel, Orpilwerke, Präsident: Penzlin, Bahlsenwerke, als Stellvertreter: Kuhlmann, Zementwerke.

⁸ Vgl. hierzu Dannenberg aus Hannover, 7.6.1945, hier abgedruckt, S. 329 f.

⁹ Gemeint ist offenbar der Bericht Hermann Beermanns über die Gründungsvorbereitungen der „Allgemeinen Gewerkschaft“ in Hannover vom Juni 1945. Der Bericht ist hier abgedruckt, S. 336 ff.

Umbesetzung des Vorstandes der Handwerkskammern.

Umbau der Innungen.

Einsetzung eines sechsköpfigen Ausschusses zur Prüfung aller Anträge für Wieder- oder Neueröffnung von Geschäften und Betrieben mit dem Zweck, Nazis auszuschalten. Je drei Delegierte vom Ausschuß für Wiederaufbau und von den Wirtschaftskammern. Tätigster Vertreter des Ausschusses für Wiederaufbau: Hofmann, ISK.

Bei all den genannten Arbeiten oder Aktionen war der Ausschuß die treibende Kraft. Seine Arbeiten litten unter dem Mangel an wirklich fähigen Leuten. Seine Arbeiten wurden auch erschwert durch Mangel an Zusammenarbeit von seiten der Unterausschüsse. Von kommunistischer Seite wurden in den Unterausschüssen überradikale Forderungen gestellt, zu deren Durchführung der Ausschuß unter den vorliegenden Verhältnissen nicht in der Lage war. Von derselben Seite wurden auch Sonderaktionen organisiert, die den Umständen nach nur als Quertreibereien zu werten sind. Von der sogenannten Jüdischen Delegation, die die Interessen der hier noch ansässigen Juden und Halbjuden vertritt, kam es bei der Beschaffung von Wohnungen für jüdische Familien wiederholt zu Übergriffen. Viele dieser Übergriffe und Sonderaktionen waren vom Ausschuß erfolgreich unterbunden worden. Es wäre ihm wahrscheinlich gelungen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn man ihm eine Chance dazu gegeben hätte.

Diese Chance hat der Ausschuß nicht bekommen. Am 2. Juni 1945 wurde er von der englischen Militärregierung aufgelöst, einschließlich aller seiner Unterausschüsse. Als Grund wurden die Übergriffe der Unterausschüsse, der Jüdischen Delegation und der antifaschistischen Aktion (Kommunisten) angegeben.

Ob das Vorkommen der Übergriffe der wirkliche Grund ist (sie richteten sich alle gegen Nazis), ist schwer zu sagen. Ich sprach einige Menschen mit gutem politischen Urteil, die der Meinung waren, daß der Ausschuß dem Kommandanten im ganzen zu links erschien und ihm die ganze Richtung nicht paßte. Auch in anderen Orten des Bezirks sind ähnliche Ausschüsse gleichzeitig aufgelöst worden, z.B. in Letter bei Hannover.

Die Auflösung hat natürlich die Nazis ermutigt und Antinazis sehr deprimiert.

Hannover, den 12. Juni 1945

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 28.6.1945

ISK Box 57
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Recht herzliche Grüße aus dem restlichen Deutschland von allen Genossen, die wir hier angetroffen haben. Du wirst inzwischen ein ungefähres Bild haben durch Hanna und René [Bertholet], und ich denke, Otto [Bennemann] oder ich können Dir später noch mehr Einzelheiten zukommen lassen.

Ich schicke Dir heute einen Bericht über die Geschichte der hannoverschen Gewerkschaft und einige Vorschläge zu den Statuten in anderen benachbarten Städten. Alle diese Vorschläge haben den Engländern zur Begutachtung vorgelegen, und sie sind um ihren letzten Segen

gebeten worden. Dieser letzte Segen ist bis jetzt noch in keiner Sache gegeben worden, und es sieht auch so aus, als ob das noch eine ganze Weile auf sich warten lassen würde.

Die ganzen Angelegenheiten sind in dem Bericht („Gründungsvorbereitungen der 'Allgemeinen Gewerkschaft' in Hannover“¹⁰) alle ein bißchen breit ausgebügelt, weil unserem Freund Beermann daran lag, geschichtlich den Kram ein wenig zusammen zu haben. Natürlich kannst Du ausführlichen Gebrauch von dem Material machen, und ich brauche Dir wohl nicht zu erzählen, daß die Briefe besser nicht veröffentlicht werden.

Wir haben uns hier schon ganz gut eingelebt: sind also gesundheitlich und so in Ordnung. Man kann immer nur sagen, was ich Dir, glaube ich, schon mal schrieb, welch ein Wahnsinn! - und die Sache war doch wirklich total, jedenfalls soweit es sich um die Vernichtung der deutschen Großstädte handelt. Es ist schaurig, sich von den Genossen erzählen zu lassen, welche Erlebnisse bis in die letzte Zeit hinein ihre Seele bewegten und zum Teil noch heute bewegen. Es wäre wirklich gut, Du könntest Dir das einmal aus nächster Nähe selber ansehen. Denn alle Berichte dagegen sind Stückwerk.

Die Stimmung unter fast allen Teilen der Bevölkerung war in den ersten Tagen die einer Erlösung hauptsächlich von den unerträglichen Bombardierungen, wechselte dann über zu einem teilweise berechtigten Geschimpfe gegen die plündernden ausländischen Arbeiter und ist jetzt langsam auf dem Standpunkt, wenigstens bei den Arbeitern, daß von den Engländern auch nicht viel zu erwarten ist. „Was die uns alles versprochen haben!“ (gemeint sind die Engländer in ihren Radiosendungen). Alle wichtigen Dinge bleiben unentschieden: Keiner weiß, was mit den großen Fabriken geschieht; was mit den Gewerkschaften, den Parteien; wird die Wirtschaft wieder angekurbelt; werden die Nazi wirklich entlassen; - dazu ihre eigenen Sorgen: Jede Familie hat irgendeinen Kriegsgefangenen oder Vermißten, von denen sie seit dann und dann nichts gehört haben usw, usw. Dagegen beschäftigen die Engländer und fordern Arbeiter an vom Arbeitsamt für die Instandsetzung der Rennbahn und Laufstege in Badeanstalten und ähnliche „wichtige“ Dingen. Ja, und was hört man dagegen vom russisch besetzten Gebiet im Radio. Ich habe den Eindruck, die russische Propaganda wirkt hier schon. Obgleich man auch die Geschichten über russische Vergewaltigungen hört, so klingt bei allen Gesprächen, vor allem bei Menschen mit wenig politischer Erfahrung, der Zweifel durch, ob das, was man im Radio über das russisch besetzte Gebiet hört, nicht doch den Tatsachen entsprechen könnte, was zu einem kleinen Teil wohl auch wirklich der Fall ist. Auch darüber ein andermal mehr.

Allen Freunden dort einen recht herzlichen Gruß und die Nachricht, daß meine Hose schon etwas zu weit geworden ist, was aber niemanden entmutigen sollte, nach hier zu kommen.

Herzliche Grüße
Dein Alfred Dannenberg

¹⁰ Gemeint ist der Bericht Hermann Beermanns über die Gründungsvorbereitungen der „Allgemeinen Gewerkschaft“ in Hannover vom Juli 1945, hier abgedruckt S. 335 ff. Zum Gründungsprozeß der Allgemeinen Gewerkschaft Hannover vgl. Hartmann, Entstehung, S. 93-106.

Hermann Beermann aus Hannover, o.D. (Juni 1945)¹¹

ISK Box 64
 maschinenschriftlich

Gründungsvorbereitungen der „Allgemeinen Gewerkschaft“ in Hannover

In der Zeit unter Hitler waren Ansätze zur Errichtung von Betriebsvertretungen schon vorhanden. In einigen Betrieben arbeiteten Vertrauensmänner, die nach der Besetzung Hannovers durch die Amerikaner sofort die Bildung der Betriebsvertretungen aufnahmen. Diese Vertrauensmänner aus der illegalen Arbeit bildeten mit anderen vertrauenswürdigen Kollegen zusammen die Betriebsvertretung.

Abgesehen von den vereinzeltten Betriebszellen bestand in den Betrieben keine große illegale Tätigkeit, und die Vorbereitungen zur Gründung der Gewerkschaften in der Hitlerzeit waren also sehr, sehr gering. Neben der Pflege von persönlichen Kontakten ließen die äußeren Schwierigkeiten keinerlei - nur sehr geringe - Aktivität zu. Die Bombardierungen, die täglichen Sorgen: Beschaffung von Lebensmitteln, neuen Wohnungen, Daueraufenthalt in den Bunkern, nahmen die Zeit voll auf in Anspruch. Dazu kam noch, daß angeknüpfte Beziehungen wieder abrisen durch das Einziehen von immer mehr Menschen aus dem Betrieb ins Heer. Denselben Effekt hatten die ausgebombten Fabriken, obwohl einige von ihnen erst in den letzten Wochen getroffen wurden.

In den ersten Tagen nach der Besetzung Hannovers beauftragte der „Ausschuß für Wiederaufbau“¹² (siehe Bericht) Ludwig Böker (vor 1933 in der Ortsverwaltung des Fabrikarbeitsverbandes) mit der Aufgabe der Organisierung der Arbeiter in den Betrieben, Bildung von Betriebsvertretungen mit dem Ziel, ein Fundament für die endgültige Schaffung der Gewerkschaften zu haben. Aus den Unterausschüssen der Wiederaufbaubewegung in den einzelnen Stadtteilen wurden erfahrene Gewerkschafter unter der Mithilfe von Böker mit der Schaffung von Betriebsvertretungen betraut. Diese Vertrauensmänner nahmen die Durchorganisierung der einzelnen Betriebe in Angriff, setzten Betriebsvertretungen ein oder ließen diese durch die Betriebsangehörigen wählen, soweit das möglich war.

Betriebsvertretungen bestanden dann in Hannover in etwa 120 Betrieben, darunter die Großbetriebe Continental und Exelsior Gummiwerke, Hanomag, Günther Wagner, Deutsche Edeldahl, Leichtmetallwerke, Niedersächsische Maschinenfabrik Hannover, Wülfeler Eisen Werke, Bahlsens Keksfabrik usw.

Auf Initiative von Böker gründete sich ein Ausschuß der Gewerkschaften von zehn Kollegen.¹³ Acht von diesen zehn waren frühere Angestellte der Gewerkschaften, und nur zwei hatten früher keine Stellung dort, doch Beziehungen zu illegalen Gruppen. Dieser Ausschuß der Gewerkschaften beschloß in einer seiner ersten Sitzungen die Ausarbeitung von Richtlinien.¹⁴ (Zu dieser Aussprache war übrigens auch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaft-

¹¹ Die Autorenschaft Beermanns ist nicht ganz eindeutig. Zum einen schrieb Dannenberg am 28.6.1945 an Eichler, hier abgedruckt S. 334 f.: „Die ganzen Angelegenheiten sind in dem Bericht („Gründungsvorbereitungen der 'Allgemeinen Gewerkschaft' in Hannover“) alle ein bißchen breit ausgebügelt, weil unserem Freund Beermann daran lag, geschichtlich den Kram ein wenig zusammen zu haben.“ Zum anderen schreibt offenbar wiederum Dannenberg in diesem Bericht „Soweit es den Vorläufigen Vorstand betrifft, so glaube ich aus den Schilderungen Beermanns entnehmen zu können, daß hier die Sache in guten Händen liegt, - man hat immer soviel Macht, wie man in der Lage ist anzudrohen!“ Möglicherweise verfaßten Dannenberg und Beermann den Bericht gemeinsam.

¹² Vgl. hierzu die Einleitung über die Situation in Hannover 1945/46, S. 326 ff.

¹³ Vgl. hierzu Klein, Vereint, S. 173.

¹⁴ Für einen Abdruck der Richtlinien vgl. Mielke, Aufbau, S. 296.

ten eingeladen, der aber an der Sitzung nicht teilnahm und erst noch eine abwartende Haltung einnahm). Die Richtlinien wurden von drei Kollegen (Böker, Beermann, Heine, ehemaliger Vorsitzender des DMV-Hannovers) ausgearbeitet und in einer nachfolgenden Sitzung des Ausschusses beraten, an der dann auch der Vertreter der christlichen Gewerkschaften teilnahm. Es wurde beschlossen, sie der englischen Militärbehörde (Department 518, Arbeiterfragen in der Provinz Hannover, Major Mathers) vorzulegen. Zugleich sollte bei den Engländern erreicht werden, die Arbeiten und den Ausschuß oder dessen Vertreter (Dreierausschuß = Vorläufiger Ausschuß oder Vorläufiger Vorstand, dem Böker, Beermann und Albin Karl, dem ehemaligen Vorsitzenden des Fabrikarbeiterverbandes, Hauptvorstand) zu legitimieren und anerkennen zu lassen.

Die Unterhaltung verlief sehr ermutigend. Er [Mathers] drückte seine Freude aus, daß er endlich die Vertreter der Gewerkschaften kennenlerne und sei gewillt, ihnen jede mögliche Hilfe zu geben. Er versprach, bei der Bewilligung einer Versammlung zu helfen. Die Versammlung als die erste in der Nach-Hitler-Zeit sollte den Vorläufigen Vorstand und den Ausschuß der Gewerkschaften bestätigen, evtl. neu wählen. Der Major teilte dem Vorläufigen Vorstand in der Unterhaltung weiter mit, daß bald eine Delegation aus England, der Bevin und Walter Citrine angehörten, hier ankommen wird und er den Vorläufigen Vorstand dieser Delegation vorstellen wolle.

Die Versammlung fand dann in einem noch erhaltenen Kino statt.¹⁵ Jeder der Betriebe sandte ein bis zwei Kollegen als deren Vertreter.

Bemerkungen zu der Versammlung:

- 1) Bei der Bestätigung gab es Proteste aus der Versammlung wegen Übergehung der „Linken“ (KP). Obwohl von Beermann bei den Vorbereitungen der Versammlung ein KP-Mann (Sedat), der wirklich gute gewerkschaftliche Arbeit unter den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Betriebe geleistet hatte und außerdem im „Ausschuß für Wiederaufbau“ mitarbeitete, für den Ausschuß der Gewerkschaften vorgeschlagen wurde und akzeptiert war, vergaß man, in der Versammlung den Vorschlag zu machen, was eben zu den erwähnten Protesten führte. Sedat wurde in einer späteren Sitzung des Ausschusses der Gewerkschaften mit in den Ausschuß aufgenommen.¹⁶
- 2) Es war verabredet, mit den Betriebsvertretungen keine Diskussion in der Versammlung zuzulassen, da die Gefahr bestand, daß sie sich mehr mit den zur Zeit stattfindenden Plünderereien der ausländischen Arbeiter beschäftigen würde als mit den Fragen der Gewerkschaftsbewegung. Es war weiter verabredet, daß nach der Versammlung und Anerkennung der Gewerkschaften in den einzelnen Stadtteilen die Betriebsvertretungen zusammengerufen und Aussprachen über die Gewerkschaftsprobleme stattfinden sollten. Major Mathers hatte diese Versammlungen in Aussicht gestellt.

In einer späteren Aussprache des englischen Majors mit dem Vorläufigen Vorstand über die Anerkennung der Gewerkschaften wie über die organisatorische Arbeit in der Provinz und Stadt ergab sich eine sehr veränderte Haltung des Majors zu der ganzen Sache.¹⁷ Er betonte des öfteren, daß kein Anlaß zur Eile vorliege, daß die stattgefundene Versammlung si-

¹⁵ Für einen Abdruck des Protokolls der Versammlung von Betriebsobleuten und Gewerkschaftern am 24.5.1945 in den Capitol-Lichtspielen in Hannover vgl. Mielke, Aufbau, S. 293-298. Zu der Versammlung vgl. Hartmann, Entstehung, S. 87-89 sowie Klein, Vereint, S. 173.

¹⁶ Die hier angesprochenen Unstimmigkeiten werden im offiziellen Protokoll nur andeutungsweise und ohne Benennung der Gründe und Parteikonflikte erwähnt.

¹⁷ Wie die amerikanische praktizierte auch die britische Militärregierung bei der Anerkennung der Gewerkschaften eine Verzögerungstaktik. In 50 Versammlungen mußte die Gewerkschaft Hannover ihre Massenbasis nachweisen, bis sie am 7.11.1945 genehmigt wurde. Vgl. u.a. Klein, Vereint, S. 174.

cher repräsentativ war, aber mehr Demokratie von unten sei wünschenswert. Es wäre Zeit genug vorhanden, den ganzen Aufbau noch einmal von der Basis der Betriebe aus durchzuorganisieren. Der Vorläufige Vorstand könnte weiterarbeiten und hätte seine Unterstützung. Wieder versprach er Hilfe in technischen Dingen (Auto-, Reiseausweise). Der Major ließ ihnen später einen Entwurf über den Aufbau der Gewerkschaften zukommen (ohne Kommentar beigelegt).¹⁸ Die veränderte Haltung des Majors erklärt sich wohl aus der Auflösung des englischen Parlaments und der englischen Regierung.¹⁹ Die angekündigte englische Delegation erschien nicht.

Die Aufnahme des KP-Mannes, der früher rote Gewerkschaftsarbeit geleistet hatte, in den Ausschuß der Gewerkschaften bildete für ein anderes Mitglied dieses Ausschusses den Grund zum Ausscheiden. Gegen diese Haltung nahm der gesamte Ausschuß Stellung und beschloß, den ausscheidenden Kollegen zu keiner Aufbauarbeit mehr zuzulassen. Es handelt sich bei diesem Kollegen um den Ortsvorsitzenden des DMV, Heine, ehemals SPD.

In dem Ausschuß und in Unterkommissionen wurde an folgenden Problemen gearbeitet:

- 1) Vorläufige Arbeitsordnung,
- 2) Richtlinien für die Entlassung von Nazis in den Betrieben,
- 3) Lohn-, Urlaubsfragen der Zwischenperiode (Ende der Nazi Herrschaft und Besetzung durch die Alliierten)
- 4) Ausarbeitung von Beitrittsformularen²⁰

Wiederholte Besuche beim Major erreichten die Bewilligung von Ausweisen für den Vorläufigen Vorstand der Gewerkschaften und das Einverständnis, die Arbeiten für die Vorbereitung zur Gründung der Gewerkschaften von diesem Vorläufigen Vorstand in Angriff zu nehmen. Es wurde dem Major auch nach längerer Aussprache klar, daß sein Entwurf für die Bildung von Gewerkschaften keine Grundlage sein könne, da Gewerkschaftsform und Funktionäre nur von den Mitgliedern der Gewerkschaft bestimmt werden können und nicht durch die ganze Belegschaft eines Betriebes. Die Anerkennung der Gewerkschaften lehnte er mit dem Hinweis ab, daß er noch keine Instruktionen von London habe und er selber nur ein kleines Rädchen in dem Getriebe der Militärregierung sei. Die Rede des englischen Kriegsministers Grigg sei ihm bekannt, er wisse außerdem, daß deutsche Zeitungsmeldungen von Gewerkschaftsgründungen berichten, doch könne er zur Zeit nichts weiter tun. Er sagte dann zu, bei der Genehmigung der Benutzung der Gewerkschaftshäuser auch in der Provinz seinen Einfluß geltend zu machen. Die letzte Entscheidung über die Anerkennung der Arbeit der Gewerkschaften von ihm liegt diesem Bericht bei.²¹

Viele Kollegen aus der Provinz kamen in den letzten Tagen nach Hannover, um sich über den Aufbau der Gewerkschaften zu informieren und einen einheitlichen Aufbau zu sichern.

Der Vorläufige Vorstand, der bislang in zwei Zimmern des Hannoveraner Rathauses getagt hatte, zieht in diesen Tagen in das Gebäude des Hauptvorstandes der Fabrikarbeiter um - wenn alles gut geht! Ein Auto wurde beschafft, 10.000 M von der Volksfürsorge als Anleihe aufgenommen, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten.

Außenarbeit des Vorläufigen Vorstandes:

Landesarbeitsamt und Arbeitsamt: Es besteht ein Beirat aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern (Gewerkschafter), der in den ersten Tagen der Besetzung geschaffen wurde.

¹⁸ Gemeint ist Mather's Entwurf vom 29.5.1945, der die baldige Durchführung von Wahlen für den Gewerkschaftsvorstand und die Ausschüsse vorsah. Ziel war, die Gewerkschaftsarbeit auf eine breitere Basis zu stellen. Vgl. hierzu Hartmann, Entstehung, S. 97.

¹⁹ Vgl. hierzu oben S. 197

²⁰ Die Beitrittsformulare liegen als Abschrift vor in ISK Box 64.

²¹ Zur Gewerkschaftsgründung in Braunschweig vgl. die Einleitung zu den Braunschweiger Berichten in diesem Band S. 409 ff.

Die Aufgabe dieses Beirates ist es, bei der Verteilung des Arbeitseinsatzes der Nazis und der Arbeitskräfte für die Militärregierung mitzuwirken. Weiter nahmen sie an der Beratung der Arbeitsordnung teil sowie an der Säuberung der Ämter von den Nazis. So wurden die beiden Personalchefs derselben auf Druck der Gewerkschaftler ausgewechselt. (Beermann gehört dem Beirat an.)

Industrie- und Handelskammer: Zusammen mit den Vertretern des Industriebüros (Zusammenfassung aller Arbeitgeberorganisationen) wurde hier von Vertretern der Gewerkschaften an den Richtlinien zur Bereinigung der Betriebe und der ganzen Wirtschaft gearbeitet. Die Industrie- und Handelskammer bekam von der Militärregierung die Aufgabe zugewiesen, diese Bereinigung vorzunehmen. Diese Richtlinien sind bis jetzt noch nicht von den Engländern gutgeheißen. Ohne den Engländern vorgelegt zu werden, wurden einige Lohnfragen (Bezahlung des diesmaligen 1. Mai) geregelt.

Arbeit des Vorläufigen Vorstandes in den Betrieben: Lohn- und Urlaubsfragen, Fragen der Entlassungen von Arbeitern, vor allem der Nazis, der Kampf der Anerkennung der Betriebsvertretungen (sehr kritisch, da die Unternehmer zum Teil natürlich ahnen, daß die Gewerkschaften noch keine Legitimierung erfahren haben durch die Militärregierung) nimmt ein Großteil der Arbeit des Vorläufigen Vorstandes ein; die Ankurbelung der Betriebe und die Ausarbeitung von Vorschlägen in dieser Richtung gehört auch dazu. Diese Tätigkeit hat den Nutzen der Schaffung der notwendigen Verbindung vom Betrieb zum Kopf. Es trägt sehr zur Ermutigung der Vertrauensleute bei; ja mehr noch: Oft gibt es den Arbeitern in den Betrieben erst wieder den Mut, Sprecher für ihre Belange herauszustellen. Den Unternehmern bringt es die alte Gewohnheit zurück, nicht immer in angenehmer Weise -, daß die Arbeiter jetzt in ihren eigenen Angelegenheiten wieder ein Wort mitzureden haben. Viel hängt hier von den Vertretern der Arbeiter ab. Soweit es den Vorläufigen Vorstand betrifft, so glaube ich aus den Schilderungen Beermanns entnehmen zu können, daß hier die Sache in guten Händen liegt, - man hat immer soviel Macht, wie man in der Lage ist anzudrohen! Die Position der Unternehmer ist um kein Deut stärker. Ihre Organisationen sind in keiner besseren Lage, soweit es die Anerkennung betrifft und auch ihre Organisierung.

Organisationsformen der Gewerkschaften: (Vorschläge) Es besteht eine fast einheitliche Tendenz in allen Gewerkschaftskreisen, eine einheitliche, zentrale Gewerkschaft mit Unterteilungen in Industriegruppen und Beamtenverbände zu gründen. Also eine Gewerkschaft gegen die vielen Verbände (DMV, Holzarbeiterverband, usw.) mit eigener Verwaltung und Mitgliedern. Die Industriegruppen als Unterteilungen der Gewerkschaft sollen wieder unterteilt werden in Sparten und Sektionen. (Gewerkschaft, der zentrale Verband, in dem alle Mitglieder sind; Industriegruppe: Metall, Sparte: Schlosser, Sektion: Werkzeugschlosser.) Auch bei den ehemaligen christlichen Gewerkschaften besteht der Wunsch nach einer einheitlichen Gewerkschaft. Nochmals erklärt: alle, christliche, Hirsch-Dunkersche²² und Freie Gewerkschaften in eine zentrale Organisation, in der die Bäcker neben den Straßenfegern in einem Verband stecken, wenn auch in den verschiedenen Industriegruppen, Sparten oder Sektionen. Über all die Einzelheiten der Verhältnisse der einzelnen Unterteilungen der Organisation zueinander besteht noch keine Klarheit.

Der Bezirkssekretär des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (christlich), Storch, arbeitet hier am Orte an dem Aufbau mit.

²² Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gingen aus dem 1869 gegründeten Verband deutscher Gewerkvereine hervor. Sie lehnten den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel zwar nicht ab, verhielten sich aber „wirtschaftsfriedlich“ und waren daher um ein gutes Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Arbeitgebern bemüht. 1932 zählten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine etwa 600.000 Mitglieder, 1933 wurden sie aufgelöst, nach 1945 gingen sie im DGB auf.

Allgemeine Lage: Zur Zeit wird hier nur sehr wenig gearbeitet, da die Großbetriebe entweder kaputt oder geschlossen sind. So hat die Hanomag wieder schließen müssen, nachdem 2.400 Mann mit der Aufräumung des Werkes soweit fertig waren, daß die Produktion von Schleppern wieder aufgenommen werden konnte. Die Schließung veranlaßte die Militärregierung, die anscheinend noch keine Anweisung hat, was mit den großen Betrieben, vor allem mit Rüstungsbetrieben, anzufangen ist. Die Bildung von Betriebsvertretungen ist darum oft sehr erschwert oder unmöglich. Die ausländischen Arbeiter stören die Aufräumarbeiten oft oder schlagen wieder alles zusammen, was wieder aufgeräumt war; - das ist dadurch möglich, weil viele dieser Arbeiter in den Betrieben untergebracht sind. Es besteht keinerlei Solidarität - die paar Ausnahmen werden nicht einmal erwähnt hier - zwischen den deutschen und den ausländischen Arbeitern. Der Prozentsatz der politisch bewußten ausländischen Arbeiter ist nach den Erfahrungen hier erschreckend gering, vor allem unter den sogenannten „Ostarbeitern“. Hinzu kam, daß unter den Nazis den deutschen Arbeitern jeglicher Umgang mit den ausländischen Arbeitern untersagt war, was im großen Ganzen auch befolgt wurde. Dazu die Sprachschwierigkeiten. Nach der Besetzung der Stadt durch die Alliierten gab es den Rest durch die Plünderungen.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichsbetriebe (Post, Reichsbahn) können auf Anordnung der Militärbehörden nur von Betriebsangehörigen ihre Interessenvertretung vornehmen lassen. D.h. praktisch, daß sie keiner Gewerkschaft angehören können. Die gewählten Vertreter aus diesen Betrieben wandten sich, von dem Vorläufigen Vorstand der Gewerkschaft ermutigt, an den englischen Major Mathers, der sie seinerseits an den Vorläufigen Vorstand mit ihren Angelegenheiten verwies. Dies gibt dem Vorläufigen Vorstand eine Chance - solange es gut geht und die Geschichte nicht klar wird -, sich auch der Sachen der Reichsbetriebe anzunehmen.

Den jetzigen Stand der Dinge, soweit es die Anerkennung der Gewerkschaften angeht, erseht ihr aus einer Abschrift eines Briefes des Majors an eines der Mitglieder des Vorläufigen Vorstandes.²³

Der Vorläufige Vorstand und der Ausschuß der Gewerkschaften ist von der allgemeinen Auflösung aller Ausschüsse, die in dem Bericht über die „Ausschüsse der Wiederaufbau“-Bewegung mitgeteilt wurde, nicht betroffen.

Hameln

In der Versammlung zur Vorbereitung der Gründung der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen - am selben Tag, im selben Saal, zur selben Stunde - waren vom Stadtkommandanten 50 Arbeitgeber und 50 Arbeitnehmer eingeladen. Beide Organisationen wurden dann „gegründet“ - derselbe Zustand wie in Hannover - erlaubt zu gründen, aber noch nicht anerkannt. Das forsche Auftreten der Gewerkschafter von Hannover (Vorläufiger Vorstand nahm an der Versammlung teil) hat auf die Unternehmer einen einschüchternden Erfolg gehabt und das Prestige der Betriebsvertretungen sehr gefördert. Es wirkte sich aus in der Bewilligung eines guten Lohnes für Aufräumarbeiten.

Braunschweig

Auszüge aus dem Statut liegen bei.²⁴ Das Statut hat den Militärbehörden vorgelegen und [wurde] mit Stillschweigen beantwortet, was die Kollegen als eine Akzeptierung auslegen.

²³ Konnte nicht ermittelt werden.

²⁴ Konnte nicht ermittelt werden.

Aus dem Statut geht hervor, daß die Kollegen in Braunschweig für eine Zwangsorganisation sind. Sie haben dabei die Idee, die Beiträge von dem Unternehmer eintreiben zu lassen. In den Verhandlungen darüber mit den Unternehmern sind sie zu keiner Einigung mit ihnen gekommen. Die führenden Funktionäre sind: Neddermeyer, früher Sekretär des Holzarbeiterverbandes; Walter Ahrend, früher Betriebsrat bei Büssing, DMV; beide in der SPD früher und heute -. Der spiritus-rector ist der frühere ADGB-Sekretär Loose. Betriebsratswahlen sind in Braunschweig im Gange. Der Ausschuß für Gewerkschaften, dem vier ehrenamtliche und drei besoldete Kollegen angehören, bewilligte den drei besoldeten Kollegen ein Monatsgehalt von 450 M pro Monat.

Otto Bennemann aus Hannover, 27.7.1945²⁵

ISK Box 58/64
maschinenschriftlich

Politische Gruppen und Strömungen in Hannover

Obwohl keine politischen Parteien oder Organisationen offiziell zugelassen sind, sind doch fast alle von den Nazis aufgelösten Parteien vorhanden, wenn auch nicht immer fest konstituiert. Daneben gibt es zwischen den einzelnen Gruppen eine ganze Reihe von Einzelingängern, die oft sehr fortschrittlich sind und sich um Zusammenfassung einzelner Gruppen zu Kartellen oder überparteilichen Bewegungen bemühen.

Arbeiter-Parteien

SP

Sie hat sich Anfang Mai in einer von etwa 150 Personen besuchten Versammlung fest konstituiert als SP Hannover, nicht als SPD Hannover.²⁶ Sie wird geleitet von dem sehr fähigen, aber auch sehr rechtsstehenden Dr. Schumacher, früher MdR für Stuttgart, Alter etwa 50 Jahre. Schumacher war anfangs sehr ablehnend gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunisten und gegen jede Einigungsverhandlung von Organisation zu Organisation mit dem ISK und der SAP. Er war auch gegen jede Beteiligung an der Wiederaufbaubewegung, die als Parteiersatz alle Gruppen vom Zentrum bis zu den Kommunisten umfassen sollte. In all diesen Punkten hat er jedoch seine Meinung zum mindesten nach außen geändert. Unter dem Druck von jüngeren Genossen wurde etwa Mitte Juni eine Arbeitsgemeinschaft²⁷ von SP,

²⁵ Das Dokument selbst ist ungezeichnet. Die Zuweisung erfolgte aufgrund handschriftlicher Ergänzungen am Rande des Berichts in der Handschrift von Otto Bennemann. Diese in ISK Box 58 archivierte Quelle ist nicht vollständig und bricht nach zwei Seiten, nach der Abhandlung der „Arbeiter-Parteien“ ab. In ISK Box 64 findet sich die aufgrund des fehlenden Kopfblattes undatierte und mit O.B. unterzeichnete Fortsetzung, die nachträglich lediglich mit „1945“ gekennzeichnet wurde. Es besteht aber kein Zweifel, daß beide Dokumente zusammengehören.

²⁶ Die Versammlung fand am 5.5.1945 in Hannover statt. SPD-Vertrauensleute wählten auf dieser Sitzung Kurt Schumacher in Abwesenheit zum provisorischen 1. Vorsitzenden der Hannoverschen SPD. Vgl. Albrecht, Schumacher, S. 90.

²⁷ Die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit“ war eine Gründung von ISK- und SAP-Mitgliedern, die im August 1945 einen Aufruf zur Vereinigung von SPD und KPD veröffentlichte. Allerdings gingen diese Bestrebungen ins Leere, so daß Verhandlungen mit der SPD um Kurt Schumacher aufgenommen wurden, der mit der KPD nicht zusammenarbeiten wollte. Die Verhandlungen mit der SPD

SAP und ISK gegründet mit dem Zweck, die Fragen der Zusammenarbeit, eines gemeinsamen Programms und eines etwaigen organisatorischen Zusammenschlusses nach dem Muster der Sozialistischen Union²⁸ zu diskutieren.²⁹ Die SP ernannte Wassermann als einen ihrer Vertreter zu der Arbeitsgemeinschaft. Wassermann ist ein alter Parteifuchs und Intrigant und will gar keine Einigung. Auch sonst bestehen Anzeichen dafür, daß die SP die Arbeiten sabotiert.

Als die Wiederaufbaubewegung Tatsache zu werden schien, erklärte sich die SP zur Mitarbeit bereit und versuchte aber ebenso wie die KP, sich die Führung zu sichern.

Etwa zur gleichen Zeit, als die Aufrufe der Berliner Parteien erschienen³⁰, erklärte Schumacher, daß er zu einer Kartellbildung mit der KP bereit sei, eine organisatorische Verschmelzung jedoch nicht in Frage komme. Verhandlungen zwischen den beiden Parteien unter Ausschluß der anderen linken Gruppen sind im Gange und sollen nach Aussage eines informierten SP-Mitgliedes loyal und zufriedenstellend verlaufen.

Nach meiner Meinung sind die Konzessionen zur Zusammenarbeit taktischer Art, um die zur Einigung drängenden SP-Genossen oder die öffentliche Meinung außerhalb der SP zu beschwichtigen. Der jetzige SP-Vorstand hat nach meiner Ansicht den Plan, die SP als die Arbeiterpartei aufzubauen. Wer für Einigkeit ist, soll der SP beitreten. Oppositionelle SP-Genossen werfen den Genossen vom ISK und der SAP immer wieder vor, daß sie durch ihre Weigerung, sich der SP anzuschließen, diese Partei nach rechts abgleiten lassen und die Schaffung eines fortschrittlichen Programms verhindern. Sie sagen, ISK- und SAP-Leute könnten im Vorstand sitzen und dort viel erfolgreicher für die Einigung arbeiten als außerhalb.

KP

Die KP ist ebenfalls fest konstituiert, ist aber in der Arbeiterschaft Hannovers wesentlich schwächer fundiert als die SP. Sie hat jetzt nach dem Beispiel der SP auch eine Sammlung von Unterschriften solcher Menschen eingeleitet, die gewillt sind, der KP nach ihrer offiziellen Zulassung beizutreten. 6000 Namen sind das Ziel. Im Ganzen scheint die KP in Hannover ihre Linie noch nicht gefunden zu haben und auch unter persönlichen Gegensätzen in dem Kreis der führenden Funktionäre zu leiden. Der ehemals oppositionelle Edu Wald, der erst vor kurzem von einer mehr als zehnjährigen Zuchthaushaft befreit worden ist und aus dem Berliner Gebiet mit offiziellen Weisungen kam, wird von den hiesigen Kommunisten nicht anerkannt. Wald machte sich früher einiger Abweichungen schuldig, z.B. trat er vor 1933 für eine wirklich ehrliche Politik der Einheitsfront ein. Die bisherige Leitung verlangt deshalb von ihm eine schriftliche Erklärung über seine jetzige Haltung zur KP und hat Kuriere nach Berlin geschickt, um dort ihre Einwände gegen Wald vorzubringen.

Nachdem die KP in Hannover zunächst ebenfalls die Beteiligung an der Wiederaufbaubewegung abgelehnt hatte, zirkulierte eines ihrer führenden Mitglieder im Namen der KP am 1. Juli einen Aufruf „An alle demokratischen Aktivisten Hannovers“³¹, in dem er eine ganz

führte für den ISK Willi Eichler und für die SAP Otto Brenner. Am 5.9.1945 gaben die Mitglieder von SAP und ISK in Hannover eine Erklärung zum Eintritt in die SPD ab. Vgl. Grebing, Entscheidung, S.54f., hier auch die Erklärung von Mitgliedern der SAP und des ISK in Hannover zum Eintritt in die SPD vom 5.9.1945. Vgl. auch Drechsler, SAP, S. 356-360.

²⁸ Vgl. hierzu oben S. 227

²⁹ Handschriftlicher Zusatz von Bennemann: „oder auch weitergehend bis zur Einheitspartei“.

³⁰ Zum Aufruf der KPD vom 11.6.1945 vgl. oben S. 190. Die SPD (ZA) forderte in ihrem Aufruf vom 15.6.1945 genauso wie die KPD die Einheit beider Parteien. Bereits am 19.6.1945 kam es in Berlin zu ersten offiziellen Besprechungen zwischen dem ZK der KPD und dem ZA der SPD. Für einen Abdruck der Aufrufe vgl. Dokumente SED, S. 7-21.

ähnliche Zusammenfassung wie die geplante Wiederaufbaubewegung fordert und so tut, als ob die KP überhaupt die Urheberin solcher Gedanken sei. Prinzipiell haben alle linken politischen Gruppen die Zusammenarbeit mit der KP in einem überparteilichen Kartell zugesagt.

SAP

Es besteht eine gute Gruppe aus etwa zwölf politisch sehr aktiven Funktionären, um den sich ein sicherlich größerer Kreis von weniger aktiven Menschen gliedert. Geleitet wird die SAP von Otto Brenner, 36 Jahre alt, politisch und charakterlich sehr sauber. Brenner hat sich sehr für das Zustandekommen der Wiederaufbaubewegung eingesetzt und wohl auch die Hauptarbeit in dieser Hinsicht geleistet. Die SAP wünscht eine sozialistische Einheitspartei, die meisten ihrer Mitglieder glauben aber nicht an die Möglichkeit ihres Zustandekommens. Da sie politisch aktiv sind, fürchten sie sich vor dem Zustand der Isolierung und der politischen Lähmung in dieser Isolierung, die sie beide aus der Erfahrung zur Genüge kennen. Sie sind sich nicht recht einig darin, was zu tun. Eine ihrer Gruppen in Hannover-Ricklingen kam zu dem Schluß, jedem freizustellen, sich einer der großen Parteien anzuschließen, und zwar jeweils derjenigen, in der er glaubt, am erfolgreichsten arbeiten zu können. Sie planen jedoch, engen politischen Kontakt miteinander aufrecht zu erhalten. Die SAP-Gruppe in Peine neigt nach der KP-Seite, weil die SP-Leute am Ort unerträglich lau sind. Eine Zusammenarbeit mit ihnen würden die SAP-Genossen dort als ein Abrutschen nach rechts empfinden. Otto Brenner spielt mit dem Gedanken einer dritten Partei (Sozialistische Union) und hofft, mit dem ISK zu einem solchen Zusammenschluß zu kommen. Er arbeitet auch daran schon jetzt, in allen Bezirken der Stadt Kadres aufzubauen, die sich zunächst für eine Einheitspartei einsetzen sollen. Falls diese aber nicht zustande kommen sollte, glaubt er, sie als Bausteine für die dritte Partei benutzen zu können.

Bürgerliche Parteien³²

Demokraten

Es besteht eine lose Gruppierung, die geführt wird von einem Industriellen namens Henkel. Henkel ist Inhaber oder Mitinhaber der Oprilwerke (Seifenfabrik) und seit der Besetzung Vorsitzender der Wirtschaftskammer, in der er sich gegenüber den reaktionären Unternehmern ziemlich gut durchsetzt. Er ist zuverlässiger Antinazi und energisch genug, eine seinen politischen Ansichten und wirtschaftlichen Interessen entsprechende Gruppe aufzubauen. Irgendeine programmatische Erklärung der demokratischen Gruppe ist nicht bekannt. Auch über ihre Stärke ist schwer etwas zu sagen. Es ist jedoch ziemlich wahrscheinlich, daß nach der erfolgten Zulassung von politischen Parteien eine bürgerlich-demokratische Gruppe auch in Hannover zustande kommt.

Zentrum

Die Zentrumspartei ist fest konstituiert und wird geleitet von dem Rechtsanwalt Dr. Pfad, einem fortschrittlichen Katholiken und zuverlässigen Antinazi. Er hat gute Arbeit geleistet in einem Ausschuß zur Reinigung der Justiz von Nazis und hat ebenfalls gut geholfen bei dem Versuch, eine überparteiliche Wiederaufbaubewegung zustande zu bringen. Am Programm

³¹ Gemeint ist der Aufruf „An alle demokratischen und für die restlose Ausrottung des Hitlerismus kämpfenden Aktivisten Hannovers, gez. Kurt Baumgarte“. ISK Box 58.

³² Ab hier die Fortsetzung des Dokumentes aus ISK Box 64.

der Wiederaufbaubewegung bemängelte er, daß die Garantien für Gewissensfreiheit und Freiheit der Konfessionen zu allgemein gehalten seien.

Er befürwortete sehr scharf die Enteignung der Nazis und das Verstopfen von allen Hintertüren zur Verschiebung von Nazivermögen. Er unterstützte auch die Entfernung von Nazis aus guten Wohnungen zugunsten ausgebombter Antinazis.

Er hat den Segen des Bischofs von Hildesheim, mit dem er Diskussionen über das Programm einer christlich-demokratischen Partei gehabt hat. Nach seinen Aussagen hat er in den Diskussionen mit dem Bischof den Standpunkt vertreten, daß die sozialpolitischen Forderungen einer christlich-demokratischen Partei sich den Programmen anderer antifaschistischer Parteien anzupassen hätten.

Auf dem Gebiet der Kulturpolitik fordert er die gleichen konfessionellen Freiheiten, wie sie vor 1933 bestanden haben.

Welfen

Es besteht eine Gruppierung, die anknüpft an die Tradition eines selbständigen Hannovers. Ich habe noch nichts darüber gehört, daß die Frage der Monarchie noch eine Rolle in ihr spielte. Diese Gruppe findet Bundesgenossen auch außerhalb des Kreises der eigentlichen Welfen. Es gibt z.B. viele Freunde eines großen Niedersachsenstaates, der auch Oldenburg, Braunschweig und Lippe-Detmold und nach Ansicht anderer sogar Schleswig-Holstein mit umfassen sollte. Andere stellen sich auf den Boden der durch die Besatzung gegebenen Tatsachen und wollen eine einheitliche Regierung für die gesamte englische Besatzungszone als weiteste im Augenblick erreichbare Annäherung an eine Zentralregierung für das gesamte deutsche Gebiet. Manche rechnen auch damit, daß die Zoneneinteilung zur Schaffung entsprechender selbständiger deutscher Staaten führen wird, und arbeiten deshalb schon jetzt für die Schaffung einer Regierung für das gesamte Gebiet.

Ein Teil dieser Menschen wollen grundsätzlich eine Neugliederung Deutschlands und eine Zerschlagung Preußens und sind aus diesem Grunde für Reformen. Andere sind reine Opportunisten und erhoffen industrielle oder sonstige Vorteile von der Schaffung eines einheitlich verwalteten Gebiets oder gar von der Schaffung eines englischen Protektorats. Für andere handelt es sich einfach um verwaltungstechnische Angelegenheiten.

Es gibt in diesen Kreisen alte Reaktionäre. Ihr Exponent ist der Welfe und jetzige Oberpräsident Hagemann. Er will dafür sorgen, „daß es in Niedersachsen wieder gerecht denkende und fromme Menschen gibt.“ Von ihm stammen Anweisungen an die Arbeitsämter und Behörden in seinem Verwaltungsbereich, daß entlassene Nazibeamte ihr Gehalt noch für drei Monate weiter bezahlt erhalten und daß ihre Pensionsansprüche nicht angetastet werden sollen. Ferner wies er die Arbeitsämter an, daß bei der Neubesetzung von Beamtenstellen geflüchtete Ostbeamte, die es hier in großer Zahl gäbe, bevorzugt einzustellen seien.

Es gibt aber auch jüngere und sozial wirklich fortschrittliche Menschen in diesen Kreisen, und es bestehen Querverbindungen von ihnen zu Anhängern anderer Parteien. Regierungspräsident Kopf, SP, arbeitet eng mit ihnen zusammen, weil auch er die Schaffung eines größeren und einheitlichen Verwaltungsgebietes für Niedersachsen anstrebt.

Einigungsbestrebungen

Wiederaufbaubewegung

Die Schaffung einer Wiederaufbaubewegung wurde betrieben unter dem Gesichtspunkt, daß politische Parteien für längere Zeit keine Aussicht auf offizielle Zulassung hätten. Als Organ für den Ausdruck des Willens der antifaschistischen Kräfte wurde deshalb eine über-

parteiliche Bewegung erstrebt, die alle Gruppen vom Zentrum bis zu den Kommunisten umfassen sollte.³³

Das Programm für eine solche Bewegung war im wesentlichen Ausrottung der Nazis, Aufbau und Ausbau der lokalen Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage und sozial gerechte Verteilung der Lasten des Wiederaufbaus. Die Initiative zur Gründung der Bewegung lag bei der SAP, dem ISK und einer Anzahl politisch fortschrittlicher Einzelgänger. Von fortschrittlichen Zentrumsanhängern und Demokraten wurden die Vorbereitungsarbeiten ebenfalls unterstützt. SP und KP verhielten sich zunächst ablehnend, erklärten sich aber später zur Mitarbeit bereit. Im Augenblick liegt die ganze Arbeit auf einem toten Gleis. Sie soll auch erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die nach Ansicht vieler wichtigere Frage eines einheitlichen Verwaltungsbezirks für Niedersachsen oder die englische Zone geregelt ist. Ein solches Gebiet solle dann den geographischen Rahmen für die Bewegung bilden. Ich habe den Eindruck, daß die großen Parteien mit ihrer baldigen Zulassung rechnen und sich deshalb nicht auf ein Parteienersatzgebilde einlassen wollen, sondern allenfalls auf ein nach offizieller Zulassung der Parteien zu gründendes antifaschistisches Kartell.

Linke oder Sozialistische Einheitspartei

Der Wille zu einer Einheitspartei ist weder in der KP noch in der SP, so wie sie heute bestehen, vorhanden. Unter dem Druck oppositioneller Kreise und anderer Überlegungen taktischer Art sind beide allenfalls gewillt, entweder ein antifaschistisches Kartell zu unterstützen oder ein Kartell der linken Parteien und Gruppen zu schaffen. Von seiten der SP zum mindesten gibt es Bemühungen, die Gruppen wie SAP und ISK dabei auszuschalten.

Anhänger der beiden letzteren Gruppen sind wohl überhaupt die einzigen, die ernsthaft für eine sozialistische Einheitspartei arbeiten, obwohl es außer ihnen viele Menschen gibt, die diese Lösung wünschen. Um die Aussichten und Schritte für die Schaffung einer Einheitspartei zu diskutieren, trafen sich acht Vertreter der SAP und fünf Vertreter des ISK am 24.7.45.³⁴

Sie stimmten darin überein, daß bei den Leitungen der SP und KP kein Wille zur Einheit vorhanden sei und daß beide Parteien möglicherweise bald offiziell zugelassen werden würden. Eine Anzahl von SAP-Vertretern war geneigt, sich mit dieser Tatsache abzufinden und der eigenen politischen Isolierung dadurch zu entgehen, daß man sich einer der beiden Parteien anschlosse, je nachdem in welcher Partei lokal die besten Arbeitsmöglichkeiten für den einzelnen bestünden. Diese Kadres, Fraktionen oder Zellen sollen selbstverständlich engen Kontakt miteinander aufrecht erhalten, und zwar nicht nur innerhalb einer Partei, sondern zwischen den beiden Parteien (SP, KP). Die SAP-Gruppe Hannover-Ricklingen vertrat z.B. diese Meinung. Sowohl Otto Brenner von der SAP wie mehrere ISK-Genossen wandten gegen diese Haltung ein, daß man die Arbeit für die Einheitspartei nicht aufgeben solle, solange die anderen Parteien noch nicht offiziell zugelassen seien. Außerdem könne man niemandem zumuten, der aus triftigen politischen Gründen früher eine der beiden Parteien verlassen hat, sich ihr heute wieder anzuschließen, wenn ihr heutiges Programm entweder unannehmbar oder überhaupt noch nicht bekannt sei. Die von SP-Genossen so oft empfohlene Methode: Tretet ein in unsere Partei, sei kein ordentlicher Weg zur Schaffung der Einheit. ISK-Genossen warnten sehr vor dem Gedanken der Fraktionsarbeit in einer oder gar beiden Parteien, weil dadurch die Atmosphäre von vornherein vergiftet würde, und weil nur auf dem Boden der Ehrlichkeit und des Vertrauens die Einheit geschaffen werden könne. Um uns nicht von vornherein ins Unrecht zu setzen, können wir auch von außen keine Fraktion in der SP auf-

³³ Zum Ausschluß für Wiederaufbau vgl. S. 332

³⁴ Vgl. hierzu oben S. 341

bauen, dadurch daß wir SP-Mitglieder systematisch zusammenfaßten, um die SP auf diese Weise zu beeinflussen. Falls ein SAP-Genosse sich der SP anschließt, kann man sich mit ihm zwar wie mit jedem anderen SP-Mitglied über politische Fragen unterhalten, aber er könne nach Meinung der ISK-Genossen nicht gleichzeitig insgeheim der SAP angehören.

Die beiden Gruppen einigten sich darauf, sich über alle Maßnahmen zur Propagierung der sozialistischen Einheitspartei zu verständigen und insbesondere darauf zu drängen, daß die mit der SP zustande gekommene Arbeitsgemeinschaft nun auch wirklich zum Arbeiten kommt.

Bis zur offiziellen Zulassung der großen Parteien wollen wir nichts tun, was eine immer noch mögliche Einigung erschweren könnte. Dazu gehört, nicht zu erklären, daß der Aufbau einer Einheitspartei unmöglich ist. Auch Schritte zum Aufbau einer dritten Partei müssen vorläufig unterbleiben.

Sollten unsere Versuche, zu Verhandlungen zu kommen, zu nichts führen, wollen wir uns mit unseren Vorschlägen für eine Einheitspartei an einen größeren Kreis wenden und mit geeigneten Genossen - auch Mitgliedern der SP - Schritte zur Schaffung einer Einheitspartei diskutieren.

Otto Bennemann

Alfred Dannenberg aus Hannover, 3.8.1945

ISK Box 59
maschinenschriftlich

Ansichten und Gerüchte

Das Gerücht, daß die Russen Teile des britischen Gebietes besetzen werden - oder in anderer Form: daß die Russen ganz Deutschland besetzen werden - hält sich hier hartnäckig. Es ist aber nicht ganz klar, wo die Quellen solcher Gerüchte liegen. Erklärungen dafür gibt es schon einige. Da ist einmal die mangelnde Klarheit über die endgültigen Grenzen der Zonen und in Verbindung damit das spätere Nachrücken der Russen bis zu der Grenze, die angeblich in Jalta³⁵ festgelegt worden ist. (Eine andere Frage, die denselben Komplex berührt, wird sehr oft gestellt: Wann und ob es zum Krieg zwischen den westlichen Alliierten und den Russen kommt. Eine Frage, die eine große Verwandtschaft mit dem oben genannten Gerücht hat und auch wohl eine ähnliche Erklärung. Ein Teil der Fragesteller und Gerüchtemacher stehen wohl auch noch unter dem Einfluß der Goebbelspropaganda, die den Leuten hier klargemacht hat, daß mit dem Untergang der deutschen Armee für die russische Armee der Weg zur Bolschewisierung von ganz Europa frei würde. Je nach der politischen Einstellung der Menschen ist bei den politisch bewußten eine Tendenz nach der einen oder anderen Seite. Über die KP-Leute braucht man nicht zu reden. Aber auch andere Linke haben russische „Neigungen“, und in der Folge entscheiden [sie] sich in der Frage, welcher Partei sie beitre-

³⁵ Gemeint ist die Konferenz von Jalta (4. - 11.2.1945) zwischen US-Präsident Roosevelt, dem britischen Premierminister Churchill und dem sowjetischen Marschall Stalin. In Jalta wurde der Beschluß der Konferenz von Teheran (28.11. - 1.12.1943) bestätigt, die Westgrenze Polens solle nach Westen verschoben werden. Auf die von Stalin geforderte Oder-Neiße-Linie einigten sich die drei Staatschefs noch nicht, diese wurde erst im Potsdamer Abkommen festgeschrieben. Zur Konferenz von Jalta vgl. einführend Loth, Teilung, S. 82-85.

ten sollen, für die KPD, da wir über kurz oder lang doch russisch werden und man darum besser schon heute die richtige Ausrichtung vornimmt. (Dasselbe gibt es natürlich auch nach der anderen Seite: Wir sind im englisch besetzten Gebiet, die Engländer werden der KPD sehr auf die Finger gucken, die richtige Partei ist darum die SPD.) Es handelt sich hierbei nicht um Massenerscheinungen.

Noch andere Gesichtspunkte erklären diese Gerüchte und Ansichten. Menschen mit Erfahrungen aus der Verwaltung, vornehmlich solche aus ehemaligen Reichsunternehmungen (Reichsbahn, Post, etc.) sehen das Gewürge, das die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen mit sich bringt. „Was für ein Theater es gibt, um einen Zug von Hamburg nach München zu bringen, ist kaum zu beschreiben!“ (Ein Eisenbahner). Finanz- und Verwaltungsfachmänner machen sich Sorgen, wie die Finanzverhältnisse, die das ganze Reich angingen, geregelt werden sollen, und wünschen für Deutschland wenn schon Besatzung, dann wenigstens eine und nicht vier.

Die Engländer haben durch ihre Haltung schon den besten Teil ihres Kredits verscherzt. Es besteht ganz allgemein (auch unter unseren Genossen) die Auffassung, daß die Engländer über den BBC eine Menge versprochen haben. Und zwar nicht nur rein negativ die Vernichtung des Nazismus und Militarismus und deren Wurzeln, sondern fast alle haben gehört, daß sie positiv etwas tun wollen für den Aufbau eines fortschrittlichen Deutschlands. Sie denken dabei an Äußerungen wie: wir (die Engländer) werden das Recht und die Freiheit der Menschen in Deutschland wieder zur Geltung bringen. Ohne sich darüber klar zu sein, was damit gemeint war, gingen sie auch noch von der Voraussetzung aus, daß sie als Antifaschisten auf der Seite der Alliierten als deren Bundesgenossen angesehen wurden, deren Chance zur Mitarbeit und Neugestaltung Deutschlands gekommen sei, sobald sie sich dem ersten Kommandeur der einmarschierenden Truppen zur Verfügung stellten. Mit diesem Vorurteil haben sie dann auch am Sender gegessen und in die Sendungen das hineingelegt, was nach ihrer Ansicht selbstverständlich war.

Nun haben sie die Äußerungen gehört wie des Captain Jones, dem hiesigen Sicherheitsoffizier: Kein Deutscher ist in der Lage, die politische Zuverlässigkeit eines Deutschen zu beurteilen, und sie sehen die Haltung der Engländer zu den Nazis und sind ernüchtert und enttäuscht. Ganz klar, auch ohne diese Illusion besteht noch Grund genug, mit der Haltung der Engländer jemand in die politische Indifferenz zu treiben.

Es ist für jeden Antifaschisten (und Nazi) heute schon klar, daß das, was Captain Jones von den Deutschen sagte, im weit größerem Maße und fast ausnahmslos für die englische Militärregierung gilt.

Und um die Urteile gleich vorwegzunehmen, man kann nicht voraussetzen, daß ein Offizier einer Armee, die ein anderes Land erobert, damit gleichzeitig in der Lage ist, die Verwaltung, die politische Gestaltung usw. zu übersehen und etwas davon zu verstehen. Jedenfalls nicht ohne die Hilfe von Menschen, die aus nächster Nähe die Dinge kennen. Aus dem Verhalten der Engländer ist den meisten Antifaschisten (und Nazis) klar geworden, daß sie erstens keinen großen Plan für die Gestaltung Deutschlands haben und daß sie weiter nicht recht wissen, wie weit und ob sie überhaupt mit Deutschen zusammenarbeiten sollen. Da nun alle Deutschen Nazis sind oder anders herum, heute niemand Nazi gewesen sein will, kommen sie zu dem Ausweg, es erst einmal so laufen zu lassen, wie es jetzt geht.

Und so läuft's nun auch! Es ist heute schon so weit, daß es für jeden fortschrittlichen Menschen feststeht, die Engländer werden den Linken keine Chance geben. Es läuft schon der Witz, es sei zur Anstellung in der Verwaltung notwendig, ein „alter Kämpfer“ gewesen zu sein. Tatsächlich verbirgt sich dahinter die berechtigte Besorgnis, daß, je länger die Ausmerzungen der Nazis hinausgezögert wird, je weniger Hoffnung besteht, daß sie überhaupt vorgenommen wird. Denn was sollte einen englischen Offizier nach monatelangem Zusammenar-

beiten mit Nazis oder Erzreaktionären, die ihre Arbeit gut oder hinreichend bewältigt haben, dazu bringen, diese Leute auf die Straße zu setzen und sich wieder der Mühe [zu] unterziehen, neue Kräfte einzuarbeiten? Bei der vollkommenen Ignoranz auf politischen Gebiet und dem Mangel an Übersicht über die Folgen für eine längere Entwicklungsperiode haben sie da keine Skrupel. - Noch dazu die Nazis doch gar nicht solche Strolche sind und persönlich sich als ganz umgänglich erweisen. Das sind die Probleme, die jeden Antinazi und Antimilitaristen sehr stark beschäftigen.

Ich habe mit Absicht erwähnt, daß das Verhalten sowohl bei den Antifaschisten wie bei den Nazis beobachtet wird. Als Reaktion der Rückgängigmachung von „Übergriffen“ - die tatsächlich erfolgt sind und die den Engländern wie unverdaute saure Milch im Magen liegen - durch die Engländer schöpfen sie wieder Hoffnung und glauben mit Recht, daß nichts so heiß gegessen wird wie gekocht. Sie beschwerten sich bei den Engländern darüber, sie seien aus ihrer Wohnung rausgeworfen, von ihrem Schrebergarten vertrieben, aus ihrem Amt gejagt, und man bringt die Sache von seiten der Engländer wieder in „Ordnung“ oder verspricht, die Angelegenheit zu untersuchen. Das gibt den Nazis und den im Amt befindlichen Reaktionären zwar noch Anlaß, vorsichtig sich nicht sehr weit vorzuwagen, aber immerhin doch den Mut, sich zu reaktionären Maßnahmen durchzuringen und gegenüber Antifaschisten nichts zu fürchten.

Die Propaganda der Russen über den Berliner Sender fällt also auf denkbar günstigen Boden. Jeder glaubt hier, ob zu Recht oder Unrecht, daß bei den Russen mit den Nazis und Reaktionären ganz anders verfahren [worden] ist. Durch die Stimmung gegen die Engländer wird auch alles, was von dort herübergegeben wird, viel leichter glaubhaft. Im Augenblick ist es von seiten der KPD noch nicht möglich, aus dieser Situation Kapital zu schlagen, weil es eben öffentlich noch nicht erlaubt ist und hier in Hannover die Sache darum noch zu früh ist, weil sie mit ihrer Etablierung noch hinreichend beschäftigt sind. Erst in der ganz letzten Zeit werden auch Zweifel laut, ob es alles so rosig aussieht in der russischen Zone, wie uns der Berliner Sender glauben machen will.

Ein besonderes Kapitel in bezug auf die gänzliche Verkennung der deutschen Mentalität durch die Engländer sind die deutschen Offiziere. Hier auch die Wirkung nach beiden Seiten: auf die Antifaschisten und Militaristen - und weiter auf die Arroganz der Militärs. Es ist keine Seltenheit, daß man deutsche Wehrmachtsfahrzeuge mit deutschen Offizieren ohne jede Bewachung durch die Straßen der Stadt und anscheinend auch auf weiteren Reisen antrifft. Man trifft sie außerdem in voller Kriegsbemalung (mit Orden und Achselstücken) in den Straßen und kann sie schon bei der Beaufsichtigung von Arbeiten deutscher Kriegsgefangener [sehen]. In Delligsen, einem Dorf in Braunschweig, lief ein deutscher Offizier sogar mit dem neuen Bürgermeister durch die Straßen, um Häuser für die Einquartierung von englischen Truppen zu requirieren, aus denen die deutsche Bevölkerung nachher dann heraus mußte. Es entstand dadurch der Eindruck, daß der deutsche Offizier das Recht zur Beschlagnahme innehatte. Es ist schwer, bei solchen Erfahrungen Arbeitern zu erzählen, daß die Engländer mit der Ausrottung des deutschen Militarismus Ernst machen wollen.

(Die nachfolgende Schilderung entstand aus den Angaben von einem Polizeianwärter, dessen Einblick sich allerdings in der Hauptsache auf ein Revier beschränkt. Mir erscheinen diese Tatsachen jedoch typisch für die Gesamtlage hier in Hannover.)

Polizei

Die alten Polizeibeamten sind in den Revieren nicht ausgewechselt. Das bezieht sich in der Hauptsache auf die höheren und leitenden Ränge (Polizeihauptmann, Oberleutnant, Meister und Oberwachtmeister), die alle angeblich unersetzbar sind. (Ich kenne zwei Beamte,

die früher bei der Polizei waren und wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen wurden von den Nazis, beide Offiziere, die noch heute nicht wieder im Amt sind.)

Diese Sorte von höheren Polizisten waren natürlich alle Pgs, sind augenblicklich sehr zahn und fürchten ihre Entlassung. Zu diesen alten Polizeibeamten mit richtiger Ausbildung und Laufbahn gesellt sich noch die sogenannte „Reserve“, die aus Leuten besteht, die unter Hitler vor allem während der Bombenangriffe eingesetzt wurden, also eine Art Hilfspolizei ohne Ausbildung, und die sich aus allen möglichen Berufen rekrutierten, der Gesinnung nach aber durchaus nicht alle Nazis waren oder der Partei angehört haben.

Zu diesen beiden Gruppen kommen dann die „Anwärter“, d.h. diejenigen, die nach der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten zur Polizei gekommen sind und den politisch zuverlässigsten Teil der Polizei heute bilden.

Zu der Pg-Polizeihierarchie der Hauptleute, Leutnants und Meister kommen im Augenblick neue aus ihrem eigenen Geblüt aus dem von den Russen besetzten Gebiet (Königsberg etc.), die nach dem Erlaß des hannoverschen Oberpräsidenten bevorzugt eingestellt werden müssen. Abgesehen davon, daß sich in dem Revier, wo sich mein Gewährsmann befindet, die Polizei langsam zu einem Polizeioffizierskorps entwickelt, besteht die größte Gefahr wohl in dem Unterschlüpfen von allen den Nazis, denen es in ihrer Heimat zu heiß geworden ist. Jedenfalls ist die Möglichkeit vorhanden. Die Nachprüfung ihres Verhaltens ist jedenfalls sehr erschwert, wenn nicht unmöglich. Es ist auch sicher, daß diese „Ostleute“ auf fast alle Reviere in Hannover verteilt werden, was den Schluß zuläßt, daß die Lage in anderen Revieren eine ähnliche ist.

Das Verhalten dieser Ostleute ist im Augenblick das der alteingesessenen Hierarchie: abwartend und vorsichtig. Der Kontakt mit den Parias der Polizei, den Anwärtern, die nicht für voll genommen werden und die auch noch in Zivil 'rumlaufen nur mit einer Armbinde, wird gemieden. Die Hierarchie besorgt die innere Verwaltungsarbeit (Einwohnermeldung usw.) und das Kommandieren (was vor sich geht wie einst im Mai), kurz, alle die schönen und wichtigen Arbeiten werden von den Pgs fast ausschließlich erledigt, während die Anwärter und die Reserve die Patrouillen zu machen haben, weil sie ungeschulte Kräfte sind.

Da sie ungeschult sind, übernimmt ein Pg-Leutnant ihre Schulung. Dieser erzählt ihnen in den dazu angesetzten Morgenstunden, daß die alten Gesetze noch in Kraft sind und die vorgekommenen „Übergriffe“ (das Herausschmeißen von Nazis aus den Wohnungen und aus Kleingärten) wieder rückgängig gemacht werden, was zeigt, daß es gegen die Anweisungen der Engländer geschah. Im übrigen herrscht der „alte Zopf“, wie mein Gewährsmann sich ausdrückte, stramme Haltung vor den Vorgesetzten.

Von diesem „edlen“ Treiben haben die Anwärter die Nase voll und überlegen sehr, ob sie diesen Dienst am „neuen“ Vaterlande nicht quittieren. Was auch in hiesigen Fällen schon geschah. Es ist angeblich ein besonderes Rundschreiben an die Reserve gegangen, nach dem Anweisung vorliegt, darauf zu achten, ob nicht Leute vor allem aus der Reserve den Wunsch äußern, in ihren alten Beruf wieder zurückzukehren, was dann ein hinreichender Grund zu ihrer Entlassung sein würde (eine Entlassung ist daraufhin schon vorgenommen). Diese Entlassungen werden nötig, da auch auf Veranlassung der Engländer die Zahl der Polizisten reduziert werden soll. Wodurch die Einstellung der Ostleute noch interessanter wird und die Frage, wer wird entlassen, die Hierarchie oder die Anwärter.

Daß die letzte Frage nicht ganz aus der Luft geschnappt ist, sieht man auch daraus, daß die Anwärter noch immer auf eine Ausbildung auf einer Polizeischule zu warten haben und der Termin zu dem Kursus wieder hinausgeschoben wird. Dieser Kursus soll die Anwärter

aus dem Anwärterstadium herausbringen und eine feste Einstellung nachher vorgenommen werden.

Der Polizeipräsident von Hannover ist ein Sozialdemokrat.³⁶ Der Oberbürgermeister ebenfalls.³⁷

3. August 45

Alfred

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 30.10.1945

ISK Box 61

maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Zu unserer Arbeit mit der SP und neuerdings in der SP möchte ich Dir das Folgende mitteilen:

Zuerst etwas über die letzte abschließende Versammlung der SAP und des ISK³⁸, die den Sinn haben sollte, unsere politische Entscheidung, den Beitritt zur SP, unseren Genossen und Freunden zu erklären und begründen. Die Versammlung war sehr gut besucht (etwa 80 bis 100 Teilnehmer), was auf den SP-Vorstand, der eingeladen und vertreten war, sicher keinen ungünstigen Eindruck gemacht hat, umso mehr als es sich bei diesen beiden Teilnehmern um meistens politisch aktive Genossen handelte.

Der Verlauf der Versammlung war nun nicht so begeisternd. Es waren mit den SAP-Genossen kurze und würzige Reden der beiden beteiligten Parteien als Einleitung verabredet. Leider hielt sich der SAP-Genosse nicht an diese Verabredung, sondern hielt eine 1 1/4 stündige Rede, in der er alle Vorteile und Mängel der beiden Parteien (KP und SP) auseinanderlegte und man am Schluß nicht recht wußte, ob es überhaupt einen Sinn hat, in eine von beiden hineinzugehen. Er gab einen guten Eindruck von seiner eigenen inneren Würgelei in dieser Frage. Hofmann sprach von uns zu der Frage, und leider glückte es auch ihm nicht, die von dem SAP-Genossen zerredete Versammlung mit Schmiß wieder ein bißchen zusammenzuflicken. Er vergaß außerdem zu erwähnen, unter welchen besonderen Bedingungen wir vom ISK in die SP eintreten (Aufrechterhaltung einer besonderen Organisation, Zeitschrift, etc.). Der Vertreter der SP (Kriedemann, provisorischer 2. Vorsitzender des Bezirks Hannover und rechte Hand von Schumacher) ging Gott sei dank nicht auf alle die Anwürfe des SAP-Genossen ein, sondern beschränkte sich darauf, unseren Entschluß zu begrüßen und sprach davon, daß es uns in der SP möglich sein würde, durch eine weitgehende Toleranz innerhalb der Partei zu einer ersprießlichen Arbeit zu kommen. Seine Rede machte den besten Eindruck. Kriedemann bot dann als Vertretung der beiden Organisationen ein Mandat im örtlichen Parteiausschuß an, was dann nach kurzer Verhandlung auf je einen Vertreter pro Organisation erweitert wurde. So sind die Genossen Otto Brenner (SAP) und ich in dem Parteiausschuß.

Die Genossen von der SAP haben sich bis auf wenige Ausnahmen auch der SP angeschlossen.

³⁶ Gemeint ist Erwin Barth.

³⁷ Gemeint ist Gustav Bratke.

³⁸ Vgl. hierzu oben S. 341

Von der SP hier in Hannover kann ich nun nach einigen Erfahrungen nur das bestätigen, was unsere Ansicht ohnehin war: die gute alte verbockte SPD. Da sind nur sehr wenige „Lichtblicke in Gestalt einiger weniger Jugendlicher (35-43jährige)“ in dem örtlichen Funktionärskörper (Vorstand, Ausschuß und Abteilungsleiter). Der Rest gibt die Gewähr, daß an den alten Traditionen auch nicht ein I-Tüpfelchen gerührt wird.

Man hatte hier die Idee, die Jugendarbeit durch eine Jugendorganisation der „Arbeiterwohlfahrt“ aufzuziehen. Die Engländer gestatten keinerlei politisch beeinflusste Jugendorganisation. Kein politisch herausgestellter Funktionär (früher oder heute) soll in einer Jugendorganisation ein Amt übernehmen. Doch sind weltanschaulich gebundene Jugendorganisationen erlaubt. Da die „Arbeiterwohlfahrt“ nach außen hin unparteiisch aufgezogen wird und eine an diese Organisation angeschlossene Jugend angeblich am ehesten genehmigt würde, waren die Würfel für die Jugend - oder besser für den SP-Vorstand gefallen. In einer Aussprache mit Brenner, Kriedemann und mir war Kriedemann der Ansicht, daß ob aus dieser „Volksjugend“ (so nennt sich die der „Arbeiterwohlfahrt“ angeschlossene Jugendorganisation) eine gute SP-Jugend wird, hängt von den Leitern der Jugend ab. Sie sollen als Beispiel wirken und bei einer eventuellen Genehmigung der Parteijugend die Umstellung leicht machen. Unseren Vorschlag, eine sozialistische, weltanschaulich gebundene Jugendorganisation zu bilden, lehnte er mit dem Hinweis, daß die Engländer es nicht genehmigen, ab. Mir scheint, man hat von vornherein diesen Einfall nicht gehabt oder ihn wegen der Gefahr der kommunistischen Durchdringung verworfen. Die „Volksjugend“ hat man über die „Arbeiterwohlfahrt“, die selbstverständlich eine Angelegenheit der SP ist, in der Hand. Wie das gedacht ist, dazu gleich eine kleine Illustration:

Auf der letzten Sitzung der Ortsfunktionäre der SP wurden mit der Begründung von Eigenmächtigkeiten, die sich die Leiter der „Volksjugend“ haben zu Schulden kommen lassen (eine Sitzung der Jugendleitung abhielten zur gleichen Zeit, als die erste große Kundgebung der SP stattfand - eine hübsche Dummheit ohne Zweifel) und auch sonst eigene Gedanken über die Unabhängigkeit von dem Vorstand der SP privat nach der Sitzung geäußert hatten, die Leiter kurzerhand vom Vorstand der SP abgesetzt. (Wir befinden uns vorläufig noch im Stadium des Direktoriums, wo eine Legalisierung durch demokratische Regeldetri noch nicht erreicht ist.) Schumacher sprach von Parteidisziplin, von jungen Sozialdemokraten, die erst einmal ihre Erfahrung machen sollten, ehe sie ..., und außerdem wäre der parteipolitikmachende Körper hier, wir - er sprach vor Vorstand, Ausschuß und Abteilungsleitern; doch bin ich mir durchaus nicht sicher, ob er uns alle gemeint hat oder nur den Vorstand. - Der Grund für meine etwas bissigen Bemerkungen liegt in dem Umstand der eigenen Erfahrung des Abends und besonders des Verhaltens Schumachers, sein Ton und die Arroganz, mit der die ganze Geschichte vorgetragen wurde. Wichtig ist noch, daß die „jugendlichen“ Leiter (30-40jährige) einfach zu der Sitzung eingeladen wurden und abgesetzt wurden, ohne eine vorherige Aussprache mit ihnen herbeizuführen oder auch nur die Tatsachen, die Schumacher von einer anderen Seite zugetragen wurden, zu prüfen und auf eine genossenschaftliche Art mit ihnen durchzusprechen. Eine persönliche Aussprache mit Schumacher förderte zutage, daß sein Verhalten aus der Ansicht, die man etwa mit „Exempel statuieren“ bezeichnen kann, heraus erklärlich ist.

Allgemein ist die ganze Parteiarbeit noch sehr in den Anfangsstadien. Alles ist noch ein bißchen behelfsmäßig, unbeholfen und sehr zögernd. Auch die Erfahrungen auf der SP-Konferenz gaben mir denselben Eindruck. Es mangelt überall an fähigen Kräften, an Menschen mit Initiative und Schwung. Die organisatorische Durcharbeitung der SP, der Aufbau der Parteiorganisation macht selbst noch Schwierigkeiten aus denselben Gründen. Wir haben uns auf die Abteilungen zu stürzen und von dort aus zu versuchen, ein wenig frisches Blut in die ganze Bewegung zu bringen. Man ist uns (SAP und ISK) gegenüber noch sehr zurückhal-

tend, und sie übergehen unser Anerbieten der Mitarbeit prompt - trotz ihrer Klagen, daß sie vor lauter Arbeit nicht ein noch aus wüßten.

Die erste große Kundgebung der SP war besonders vom Standpunkte der Beurteilung der vorhandenen Mentalität interessant.

Schumacher hielt das Referat. Es war inhaltlich das, was in dem Aufruf „Die SPD ruft“ zu finden ist.³⁹ Die Rede war nicht schlecht. Mir gefiel die zu oft Erwähnung des Wortes **deutsch** nicht; wie überhaupt internationale Fragen sehr kurz wegkommen, wobei wir schon bei der Beschreibung der Mentalität angekommen sind. Die Zuhörer waren sehr reserviert und kühl, wenn auch nicht uninteressiert. Es war keinerlei Begeisterung zu spüren, wie mancher es nach einer so langjährigen Unterdrückung der ordentlichen Meinungsäußerung, der nun endlich wieder ein Ventil geöffnet wurde, annehmen könnte. So gab es nur vereinzelt Beifall, und die ganze Stimmung war mehr gedrückt als freudig erregt oder gespannt. Nur einmal war der Beifall etwas allgemeiner, als Schumacher von der Verwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat sprach und den Alliierten sagen mußte, „so geht das nicht!“

Die Teilnehmer der Kundgebung waren meist alte ehemalige Parteigenossen, und die Beteiligung konnte für das ehemalige rote Hannover besser sein. (Meine Schätzung 3-4000.)

Es besteht eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunisten, den Christlich-Demokraten (Zentrum) und der SP. Eine Zusammenarbeit findet in der Hauptsache in kommunalen Angelegenheiten statt und dient darüber hinaus zur Orientierung. Es besteht neben dieser Arbeitsgemeinschaft keinerlei engere Fühlungnahme mit der KP, die diese sehr gerne möchten. Die Stellung der SP ist etwa die: Wir machen keinerlei engere Zusammenarbeit mit der KP, sondern nehmen zu praktischen politischen Fragen mit ihnen dieselbe Stellung ein gegenüber den Behörden und sonstigen Organisationen. In solchen Fällen wird dann eine gemeinsame Arbeit geleistet, ohne groß Komitees oder sonst was zu gründen und Erklärungen vom Stapel zu lassen. Im Ganzen also etwas kühl.

Die KP dagegen hat in einer Arbeitsgemeinschaft den Vorschlag gemacht:

1. die Vertreter der einzelnen Parteien mit Handlungsvollmachten von ihren Parteien versehen zu lassen, damit Entscheidungen in dieser Arbeitsgemeinschaft möglich sind,
2. ein gemeinsames Programm festzulegen,
3. eine gemeinsame Kundgebung durchzuführen.

Zu alledem hat die SP und die Christlich-Demokratische Partei nein gesagt.

Die KP ist in vielen Dingen, vor allem in ihrer Propaganda - soweit man heute schon davon sprechen kann - in praktisch politischen Fragen wie Brennmaterialbeschaffung, Flüchtlingsfragen aktiver, während die SP diese Dinge mehr über ihre amtlichen Genossen (Oberbürgermeister, etc.) still zu erledigen sucht. Die erste große Kundgebung der KP zeigte ein im Ganzen etwas munteres Bild; mehr Anteilnahme, aber auch dieselbe Ungelenkheit, die die lange politische Untätigkeit und der Mangel an wirklichen Führern mit sich bringt. Auch hier war der Ton gegenüber den sozialdemokratischen Genossen sehr versöhnlich und vollkommen auf die Werbung für die Einheitsfront eingestellt. Auch hier wieder viele alte Gesichter.

Bis auf den heutigen Tag ist auch die offizielle Genehmigung der Partei noch nicht ausgesprochen.

Alfred Dannenberg

³⁹ Gemeint ist: Die sozialdemokratische Partei ruft: Für ein neues besseres Deutschland! - Flugblatt. Hannover o.J. [1945].

Alfred Dannenberg aus Hannover, 20.11.1945

ISK Box 62
maschinenschriftlich

Städtische Sorgen:

300.000 Einwohner hat Hannover heute schon wieder. (Früher 500.000.) Vor kurzem betrug die Zahl der wöchentlichen Zuzüge 5000; im Augenblick hält er sich auf der Höhe von 1500. Etwa 20.000 Ausländer sind noch in der Stadt untergebracht.

Die Gasversorgung Hannovers ist verbessert. Es ist jetzt während des ganzen Tages möglich, Gas zu brennen. Nur ist Gas und Elektrizität rationiert. Gasration: 26 Kubikmeter Gas für zwei Personen pro Monat, größere Familie entsprechend mehr. Elektrizitätsration: 500 Wattstunden pro Tag pro Haushalt mit einem Zuschlag von 50 Watt pro Tag pro Person des Haushaltes. Dies gilt für solche Haushalte, die Elektrizität nicht zum Kochen oder Heizen brauchen; sonst gibt es entsprechende Zuschläge. Seit der Rationierung von Gas und Elektrizität ist die Versorgung mit diesen notwendigen Betriebsstoffen sehr regelmäßig geworden.

Brennmaterial:

Mit Kohlen ist anscheinend während des ganzen Winters nicht zu rechnen (für den privaten Haushalt). Es sind von der Stadt in der Umgebung von Hannover soviel Bäume gefällt, daß jede Familie mit der Belieferung von etwa 1 1/2 Kubikmeter Brennholz rechnen könnte, wenn dazu die Transportmittel vorhanden wären. Diese 1 1/2 Kubikmeter sind aber alles, womit die Hannoveraner diesen Winter rechnen können.

Gesundheitswesen:

Tuberkulose ist im Zunehmen; Geschlechtskrankheiten nehmen ebenfalls zu. Täglich melden sich 30-40 Kranke freiwillig. Es besteht ein akuter Mangel an Medikamenten. Ärzte gibt es in Hannover genug durch den Zuzug von Ostflüchtlingen. Der Gesundheitsdezernent der Stadt ist ein Sozialdemokrat⁴⁰, der die Nazis besonders „gern“ hat und die Herren Doktoren aus der Ostmark besonders unter die Lupe nimmt, um auch noch das Steigen der Naziseuche zu verhindern.

Flüchtlingsfürsorge:

Macht wohl jetzt die größten Kopfschmerzen für die Stadtverwaltung. Vor allem die Jugendlichen, die sich von der Stadt einkleiden und in Lager unterbringen lassen und dann nach drei Tagen wieder spurlos verschwinden.

Finanzfehlbetrag der Stadt Hannover: 30.000.000 Mk.

Sonderbetreuung der durchwandernden und ansässigen KZ-Häftlinge hat bis heute etwa 1.000.000 Mk gekostet. Der Unterstützungssatz beträgt für den Häftling 200 Mk plus 50 Mk für jeden abhängigen Unterstützungsberechtigten pro Monat.

Schulen:

11 Volksschulen	9-10.000 Kinder von 20.000 schulpflichtigen Kindern bekommen augen-
2 Mittelschulen	

⁴⁰ Gemeint ist Dr. Carlo Nagel.

1 Hilfsschule blicklich in den nebenstehenden
 Schulen Unterricht.

Schutt:

6.000.000 Kubikmeter Schutt sind aus der Stadt wegzuräumen; davon können mit neueren Verfahren etwa 60% bei dem Neubau verwendet werden.

Alfred Dannenberg

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 9.3.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
handschriftlich

Mein lieber Willi,

recht vielen Dank für die Zeitungssendungen.⁴¹ Habt Ihr auch ein Bankkonto, wo man seine 120 Mark monatlich loswerden kann? Oder gibt es eine andere Möglichkeit, den Obo-
lus zu deponieren? Würdest Du auch bitte meine richtige Adresse an die Verschiebungsstelle übermitteln?

HANNOVER-LINDEN, FÖSSESTR. 44.

Und noch etwas: Besteht die Möglichkeit, daß noch mehr hiesige Freunde die Zeitung be-
stellen und wieviele?

Ich hoffe, Du hast alle Deine „pots and pants“ zusammen und fühlst Dich schon ein biß-
chen heimisch.

Für mich persönlich habe ich jetzt sehr bald eine Entscheidung zu treffen, ob ich meine
kurzen Tage mehr mit Gewerkschafts- oder Parteiarbeit ausfüllen will. Der ehemalige SAP-
Genosse Otto Brenner, Du hast ihn, als Du das erste Mal hier warst, kennengelernt, möchte
mich sehr gern zum 2. Vorsitzenden der Wirtschaftsgruppe Metall machen, von der er der 1.
Vorsitzende ist. Er verspricht sich von meiner Mitarbeit sehr viel. Es ist auch nicht ganz von
der Hand zu weisen, daß hier in Hannover wirklich gute Ansätze für eine ordentliche Ge-
werkschaftsarbeit vorhanden sind. Beermann und [Albin] Karl könnten noch mehr als eine
Stütze gebrauchen.

Was die Entscheidung nicht leicht macht, ist der Umstand, daß hier in der SPD die Mit-
arbeit nicht unwichtig ist. Zu tun wäre da schon eine ganze Menge - mehr als alle Sekretäre
hier sich vorstellen. Die Voraussetzungen, da eingespannt zu werden, sind für uns keine rosi-
gers“, wie man das hier auch nennt.) hat niemand hier die Absicht, jemand an die sogenann-
ten Ruder heranzulassen. Dazu kommt, daß mir das Vordrängen sowieso nicht liegt. Die Ar-
beit im Ortsvorstand, in dem ich sitze, ist auch sehr mickrig. Die Hauptbeschäftigung der
besoldeten Funktionäre besteht mehr oder weniger in einer Art Steigbügelhalter für die Zo-
nenleitung (Leutnants - wie die Engländer sagen) Schumacher. Der Ort wird so ein bißchen
vernachlässigt. Nun, da Ollenhauer, der Politik und Organisation, und Heine, der Presse und
Propaganda in den westlichen Zonen macht, da sind, hat sich das Bild noch nicht wesentlich

⁴¹ Gemeint ist die Rheinische Zeitung.

geändert. Heine macht übrigens auf mich den besten Eindruck. Ich kannte ihn nicht besonders gut von London. Er sucht als einziger, wirklich in einen guten Kontakt mit uns zu kommen. Hat auch schon geäußert, daß er gerne möchte, daß die SPK mehr als parteioffizielles Blatt erscheint und unsere Arbeit mit dem „Schweizerischen Arbeiterhilfswerk“⁴² mehr mit der Arbeiterwohlfahrt zusammen gemacht werden sollte. Er wird diese Dinge wohl mit Dir besprechen wollen, wenn Du nach hier kommst. (Wann kommst Du?)

Zu meiner Entscheidung nun; ich werde mich wohl um den Metallarbeiterposten bewerben. Denn ich habe es wirklich satt, neben den Aufgaben zu stehen. Ich hätte mich gern mit Dir darüber besprochen, aber ich habe nur noch wenige Tage Zeit. Die ganze Geschichte wäre leichter, wenn nicht Karl Hoffmann so weit vom Schuß stände. Er fällt bis heute für die Parteiarbeit noch aus, und es ist mir durchaus nicht recht klar, was für Anstrengungen er machen wird oder auch kann, um in den Betrieb hineinzukommen - soweit das hier möglich -. Es wäre mir sonst leichter, meinen größeren Neigungen zur Gewerkschaftsarbeit zu folgen.

Hermann Beermann redet sich den Mund fusselig, mir klarzumachen, daß jemand sich gerade hier in Hannover um die Parteiarbeit kümmern müßte - was in dieser Allgemeinheit auch richtig ist. Sieht aber auch die ganze Lage sonst, wie ich Dir schildert. (Bei ihm habe ich daneben noch das Gefühl, daß es ihm gar nicht recht ist, seine Ausschließlichkeit als Gewerkschaftsarbeiter gestört zu sehen durch Genossen, die kritisch und sehr genau hinsehen - wenn nicht sogar Konkurrenzfurcht vorhanden ist. Wir hatten ihn seinerzeit sogar noch aufzumuntern, bei dem Genossen Brenner nachzuhelfen - was er dazu tun konnte.)

Sonst ist hier alles in einigermaßen Ordnung. Die Freunde vermissen sehr, daß unsere Arbeit (Arbeitsgemeinschaften etc.) nicht mehr stattfindet und haben sehr das Bedürfnis klarzubekommen, wie es nun weitergehen soll. Hast Du schon irgendwelche Pläne?

Alles Gute und herzliche Grüße
Dein Alfred Dannenberg

p.t.o.

Schreib uns bitte, wann Du kommst, damit wir Dein Hotel immer für Dich freihalten können.

Alfred

Alfred Dannenberg aus Hannover, 9.7.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
maschinenschriftlich

Die Partei in Hannover

Durch die Personalunion in den führenden Ämtern unseres Vorstandes (der Genosse Schumacher war der 1. Vorsitzende des Ortsvereins, der Genosse Franke, der zugleich der Sekretär des Bezirks ist, ist der 2. Vorsitzende des Ortsvereins) waren die leitenden Posten also durch Genossen besetzt, die sowieso durch Arbeit sehr überlastet waren. Dazu kommt noch, daß in unserem Vorstand fünf weitere Genossen sind, die auch Ämter innehaben, das

⁴² Vgl. hierzu oben S. 75

jedes für sich einen ganzen Mann erfordert. Weiter sind unsere besoldeten Sekretäre, der Genosse Hasselbrink als der Geschäftsführer und der Genosse Holweg als der Betriebssekretär (mit der Aufgabe betraut, die Betriebsvertrauensleute unserer Partei in den Betrieben zu organisieren), keine sehr aktiven Menschen mit viel Initiative und großem Push.

Die Folge ist natürlich, daß die ganze Arbeit des Ortsvereins Hannover sehr im Argen liegt, nicht so sehr die einzelnen Abteilungen in den Stadtbezirken, wo wenigstens in einigen eine Betriebsamkeit herrscht und junge Kräfte sich viel Mühe geben und auch Erfolge zu verzeichnen haben, als vielmehr in der Leitung! D.h. es fehlt eine zentrale Ausrichtung und eine Anregung von oben, die in der heutigen Zeit nach allen Erfahrungen besonders notwendig ist. In den letzten Vorstandssitzungen habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß dieser Zustand für eine Stadt wie Hannover, von der gesagt wird, daß sie der Vorort der Partei ist, unerträglich ist. Es ist mir in den Vorstandssitzungen auch gelungen, die meisten der Vorstandsmitglieder davon zu überzeugen. So kam es denn in der letzten Vorstandssitzung endlich zu den neuen Vorschlägen für den 1. und 2. Vorsitzenden der Partei und einigen Ersatzwahlen. Der geheime Hintergrund der ewigen Verzögerung lag wohl darin, daß sich unsere ängstlichen kleinen Geister wie Franke, Holweg und Hasselbrink nicht darüber klar waren, wer nun die Führung im OV übernehmen sollte und sie natürlich ängstlich bemüht waren, Leute ihrer Geistesrichtung, d.h. solche mit ganz langen Bärten, hereinzubekommen. Der Erfolg dieser langen Wartezeit war nun auch, daß ein Mann mit einem sehr langen Bart, der Genosse Holweg, vom Vorstand und Ausschuß zum 1. Vorsitzenden in Hannover vorgeschlagen wurde. Zum 2. Vorsitzenden wurde vorgeschlagen ein jüngerer Genosse, der zwar sehr stürmisch, aber noch nicht fertig ist und objektiv gesehen für das Amt des 2. Vorsitzenden nicht gerade die beste Figur abgeben wird. Ein anderer Genosse, der für den 2. Vorsitzenden vorgeschlagen wurde, ist mir weniger und auch in Hannover - außer in seiner Abteilung - nicht bekannt.

Alle Erwartungen, einen Ort wie Hannover mit einer guten SP-Führung zu versehen, kann man vorläufig wahrscheinlich sanft beerdigen. Es sind zwar als weitere Kandidaten für den Vorstand noch einige gute Genossen vorgesehen. Da die Sache noch nicht durch eine Wahl abgeschlossen ist, kann man sich auch noch kein Gesamtbild machen.

In der Arbeit wird in der Partei jetzt das Hauptaugenmerk auf die Vorbereitungen der Wahlen gelegt, was sehr richtig ist. Die Arbeit des Kommunalsekretärs im Bezirk ist einem Genossen Dr. Dietrich aus Northeim übertragen, der hauptamtlich Kreisdirektor ist, was praktisch auch wieder eine Zweiteilung der Arbeitskraft bei dem Genossen bedeutet und wohl nur zu einer Beratung der Wahlsekretäre im Kreis führen kann.

Im ganzen geht die Arbeit hier nur sehr schleppend vorwärts. Es mangelt überall an guten Kräften, und leider kann man sagen, daß die wenigen, die gern möchten, aus allerhand Mißtrauen heraus nicht immer richtig eingesetzt werden. Unser Genosse Fritz Arend ist vom Kreistag der SPD (Kreis Hannover-Land) einstimmig zum Sekretär gewählt worden. Er soll vorläufig die Arbeit des Wahlsekretärs übernehmen, ist aber bislang vom Bezirk noch nicht bestätigt worden. Bezirks- und Unterbezirksvorstand sitzen, peinlich berührt durch den einstimmigen Beschluß der Konferenz dabei, sich irgendeinen Trick auszudenken, wie man diesen einstimmigen Beschluß hintergehen kann. Es ist also vorläufig nicht sicher, ob er überhaupt Sekretär werden wird.

Die der Partei nahestehende Zeitung⁴³ ist bislang noch nicht herausgekommen, da über die Lizenzträger immer noch Verhandlungen mit der englischen Militärregierung im Gange sind. Explodiert ist die ganze Sache darum, weil der Lizenzträger Spengemann, Mitglied un-

⁴³ Gemeint ist die „Hannoversche Presse“, die von der britischen Militärregierung am 19.7.1946 lizenziert wurde. Sie erschien zweimal wöchentlich.

serer Partei und jetziges Redaktionsmitglied des „Neuen Hannoverschen Kurier“, und der uns von der englischen Militärregierung aufgezwungene Buchdruckereibesitzer Wundram, der übrigens der Vorsitzende der Unternehmerorganisation der Buchdruckereien ist, sich geweigert haben, den Vertrag, den unsere Partei ihnen vorgelegt hat und der eine bestimmte Vermögensabgabe vorsah, zu unterschreiben. Wundram, der Buchdruckereibesitzer, ist, wie Genosse Schumacher vor wenigen Tagen erzählte, endgültig als Lizenzträger fallengelassen worden. Mit Spengemann sind Unterhandlungen im Gange, ob er nicht doch den Vertrag der Partei in irgendeiner Weise anerkennen will. Die ganze Sache ist noch in der Schwebe. Dieses ganze Manöver hat dazu geführt, daß die Zeitung der CDU hier in Hannover schon heute erscheint⁴⁴, während unsere Zeitung wahrscheinlich erst am 18. Juli zum 1. Mal gedruckt werden wird.

In der Partei werden von einigen ganz alten Graubärten Beschwerden bei dem Genossen Heine eingebracht (jedenfalls erzählte er mir von einem Fall), wo sie sich darüber sehr mokieren, daß die ISK-Leute Lebensmittel verteilen, während andere Genossen nichts davon bekommen. Ich habe dem Genossen Heine die ganze Aktion des Schweizerischen Hilfswerkes erläutert und auch klargelegt, daß ich schon im Anfang meines Hierseins 1945 an damals führende SP-Genossen herangetreten bin, um sie für eine Beteiligung oder Mitarbeit am Schweizerischen Hilfswerk zu gewinnen. Damals ist man über die ganze Angelegenheit stillschweigend hinweggegangen.

Es ist weiter getuschelt worden, daß wir immer noch zusammenkommen, worauf ich den Genossen Heine darauf aufmerksam machte, daß wir dieses verabredet hatten.

Es ist sowohl unserem Genossen Heine wie vielen anderen nicht egal, ob wir weiter die „Sozialistische Pressekorrespondenz“ herausgeben oder ob sie eher an die Partei herangezogen wird. Obwohl im Augenblick noch kein Lizenzträger da ist und sie diese Dinge als gute Gründe anerkennen müssen, habe ich doch das Gefühl, daß sie gern den Verkauf und die Verteilung übernehmen möchten.

Mit dem Genossen Schumacher kam es zu einem kleinen Intermezzo über die Neubesetzung des Vorstandes, wo ich ihm den Vorwurf machte, daß die Neubesetzung zu lange hinausgeschoben sei, was der hiesige OV nicht vertragen könne. Er hat mir diesen Vorwurf übel genommen und hat in einer Sitzung, leider in meiner Abwesenheit, tüchtig darüber gewettert. Es bestätigt sich hier wieder meine Ansicht über ihn, daß er bei persönlichen Angriffen sehr empfindlich und einer Kritik sehr schwer zugänglich ist. Die kleinen Geister haben eben immer noch den Einfluß auf ihn, daß er sich zu solchen kleinlichen Tyraden hergibt.

Im übrigen hat er sich sehr gegen solche Gewerkschaftsfunktionäre ausgesprochen, die die parteipolitische Neutralität denn doch wohl zu weit treiben (er denkt dabei vor allen Dingen an die hannoveraner Gewerkschaftsführung, u.a. an Karl, Beermann, Brenner und mich), denen er den Vorwurf macht, daß sie das ganze Prinzip zu starr anwenden. Ihm fehlt, wie er sich geäußert hat, das zweite Bein. Gemeint ist die sozialdemokratische Beeinflussung der Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaften

Als besonders Interessantes will ich Dir heute nur einige Dinge mitteilen, die ich im Gespräch mit dem englischen Offizier (Mr. Carr) über unsere Gewerkschaftsführung erfahren habe. Carr ist der Nachfolger von dem ehemaligen, sehr guten Manpower-Offizier Bramall, der inzwischen nach England zurückgegangen ist. Carr ist ILP-Mann und alter englischer Gewerkschafter, wirklicher Sozialist. Seine Meinung über das Niedersachsen-Sekretariat ist, daß die beiden Kräfte Karl und Beermann zu wenig Kontakt zu den einzelnen Gewerk-

⁴⁴ Gemeint sind die „Hannoverschen Neuesten Nachrichten“.

schaftsstellen und Kollegen in ihrem Niedersachsenbezirk haben. Er war besonders ungehalten darüber, daß Karl versucht, alle Gewerkschaftsarbeiten allein zu machen. Er äußerte sich folgendermaßen: „Es ist in unserem Büro schon ein Witz, daß, wenn immer zu irgendeiner Sache ein Gewerkschafter gebraucht wird, der Name Albin Karl erscheint, was nach außen so aussieht, als gebe es keinen anderen Gewerkschafter, der irgendeine Angelegenheit zu vertreten in der Lage wäre.“ Beermann, sagte er, wäre ein guter, brauchbarer und fähiger Kerl, ist aber zu sehr im Schlepptau von Karl; wie er selber sagt, ist Beermann Karl's stoo-ge⁴⁵. - Tatsächlich ist es so, daß die Arbeit des Sekretariats den beiden über den Kopf wächst, und sie versuchen selbst, neue Kräfte heranzuziehen; bislang sei es aber nach Aussage von Beermann nicht so einfach gewesen, die passenden Kräfte zu finden.

In diesem Zusammenhang will ich Dir gleich mitteilen, daß Adolf Heidorn, (der Bruder von Willi,) als Jugendsekretär im Niedersachsen-Sekretariat eingestellt wurde.

Zu Mr. Carr's Bemerkung, daß nur der Name Karl auftaucht bei Delegationen und ähnlichem, sagt Beermann, es sei auch die Schuld der Militärregierung, daß es zu solchen Lösungen kommt, da solche Benennungen immer erst im letzten Augenblick den Gewerkschaften mitgeteilt werden und man immer wieder auf Kräfte des Sekretariats Niedersachsen zurückgreifen muß.

Mein persönlicher Eindruck ist allerdings auch der, daß die beiden sich zu viel vornehmen und dadurch manche Vernachlässigung zu erklären ist, was nicht ausschließt, daß der ganze Bezirk Niedersachsen trotzdem verhältnismäßig gut gewerkschaftlich durchorganisiert ist.⁴⁶

Eine andere wichtige Sache möchte ich nur kurz andeuten. Wir machen hier in Hannover mit einigen kommunistischen Betriebsräten die Erfahrung, daß sie unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen⁴⁷ und mit der Behauptung, Konzernbildung zu verhindern, versuchen, eine Ankurbelung der Produktion zu sabotieren. Ich denke, ich kann Dir bald noch mehr Einzelheiten darüber mitteilen. Die KP versucht sehr eifrig, in der Gewerkschaftsarbeit, soweit es sich um unsere Wirtschaftsgruppe Metall handelt, Fuß zu fassen und mit den üblichen demokratischen Manövern Erfolge zu erringen. Nach den hier vorhandenen Mehrheitsverhältnissen wird das für sie sehr schwierig sein und bestenfalls zu den gewohnten Störungen im Organisationsleben führen. Augenblicklich treten sie noch sehr, sehr leise. Wie mir ein sozialdemokratischer Genosse und Gewerkschaftskollege mitteilt, sollen sie auf einer Gewerkschaftsfraktionsbesprechung der KP sich vorgenommen haben, mich von meinem Posten zu beseitigen.

Die SP antwortet auf alle diese Fraktionsarbeiten auch mit Fraktion. Durch einige KP-Manöver ängstlich geworden, versuchen sie nun neuerdings, eine gute fraktionelle Arbeit aufzuzeigen. Bislang hat das Ganze noch zu keinem Schaden geführt.

Die objektiv beste Haltung nehmen eigentlich die paar christlichen Gewerkschafter hier in Hannover ein. Augenscheinlich machen sie keinerlei Fraktionsarbeit und beschränken sich in ihrer gesamten Arbeit nur auf die gewerkschaftlichen Ziele und Aufgaben. Sie sind die sachlich besten und organisatorisch sehr brauchbare Gewerkschafter.

Zum Schluß noch einige Mitteilungen über unsere Genossen. Karl Hofmann ist der Vorsitzende des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Stadtkreises Hannover und hat damit eine sehr wichtige Arbeit übernommen, die ihn auch in den Parteikreisen sehr bekannt macht. - Über Fritz Arend können wir noch sagen, daß der Bezirksvorstand der Partei in Hannover seine Stelle als Kreissekretär gebilligt hat.

Wir setzen unsere Arbeitsgemeinschaften fort und kommen etwa alle 14 Tage zusammen. Wir haben bislang besprochen: Die Frage der Sicherung des Friedens (UNO), Methoden und

⁴⁵ Die deutsche Bedeutung ist je nach Kontext Stichwortgeber, Helfershelfer, Strohmann u.ä.

⁴⁶ Handschriftlicher Zusatz: „(gut im Vergleich zu anderen.)“.

⁴⁷ Vgl. hierzu oben S. 208

Aufgaben der Jugenderziehung, jetzt über die Organisationsform der Gewerkschaften, und haben vor, noch einen Nachmittag über die Aufgaben der Gewerkschaften zu sprechen. Wir haben uns vorgenommen, über den historischen Materialismus, insbesondere inwieweit der historische Materialismus als Methode und Analyse richtig ist, zu diskutieren. Vielleicht kannst Du dazu die Leitung übernehmen? Teile mir mit, ob und wann es Dir möglich ist. Wir haben unseren Kreis um einige Genossen erweitert, die schon früher mit uns in losem Kontakt waren.

Hannover, den 9. Juli 1946

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 25.9.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich schicke Dir einen Bericht über eine Reise nach Bremen von Sigismund Neumann.⁴⁸ Er kommt aus der Emigration aus Schweden. (Ein ehemaliger KP-Genosse, der in Berlin an führender Stelle in der KP war, sehr viel mit der Presse und Propaganda zu tun hatte und auch heute sich wieder journalistisch betätigt - in der Hauptsache, soviel ich weiß, mit Fritz Heine beim Hauptvorstand zusammenarbeitet). Er hat u.a. auch einen Entwurf über den Aufbau der sozialdemokratischen Betriebsgruppen ausgearbeitet, von dem Du sicher schon gehört hast. Ich schicke ihn Dir vorsichtshalber noch einmal mit.⁴⁹ Im Augenblick bemüht er sich vor allem, mit SAP- und ehemaligen KP-Oppositionskreisen Fühlung aufzunehmen und hat auch sonst regelmäßige Zusammenkünfte mit SAP-Kreisen, die wahrscheinlich gerade in der letzten Zeit die Absicht haben, wieder mehr als bisher in Fraktionsarbeit zu machen und dieses auch organisatorisch zu sichern.

Zu dem, was in dem Bericht über die Reise nach Bremen besprochen wird, kann ich Dir aus Gewerkschaftskreisen noch mitteilen, daß auch hier die Neigung besteht bei einigen Funktionären, die öffentlichen Ämter den Engländern zur Verfügung zu stellen, um damit nach außen zu demonstrieren, daß sie mit der englischen Verwaltungspolitik nicht einverstanden sind. Wie ich hörte, hat auch Schumacher die Auffassung, schon heute die Ämter aufzugeben, ebenfalls Fritz Heine. Dagegen spricht sich Genosse Ollenhauer aus.

Hier im OV Hannover ereignet sich nichts wunderlich Neues, was nach den geschilderten Umständen (der Postenbesetzung) auch nicht zu verwundern ist.

Die Kriedemann-Angelegenheit⁵⁰ hat, soweit ich beobachten konnte, keinen großen Schaden hier angerichtet. Kriedemann hatte schon am Sonnabend (am Donnerstag veröffentlicht-

⁴⁸ Der Bericht Neumanns vom 7./9.9.1946 findet sich NL Eichler, ISK-Korr/Bo-Fla.

⁴⁹ Konnte nicht ermittelt werden.

⁵⁰ Die sog. Kriedemann-Angelegenheit geht auf eine Auseinandersetzung zwischen der sich in Amsterdam befindenden „Sozialistischen Front“ (SF) unter der Leitung Werner Blumenbergs und Herbert Kriedemann zurück. Kriedemann wurde von der SF verdächtigt, für die Nationalsozialisten spioniert zu haben. Bereits in Kriedemanns Prager Exil war es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem SPD-PV und Kriedemann gekommen, der illegale Arbeit ablehnte. Auch setzte er sich für das ehemalige SPD-Vorstandsmitglied Schwabe ein, das für die Gestapo arbeitete. Der SPD-PV forderte daraufhin die niederländische Schwesterpartei auf, Kriedemann Geldmittel zur Verfügung zu stellen, weil er im Fall der Mittellosigkeit

lichte die „Hannoversche Volksstimme“ (KP) das Material über Kriedemann) auf einer Kundgebung Gelegenheit, sich zu verteidigen. Er hat auch auf dieser Kundgebung nichts anderes gesagt, was auch sonst durch die Presse bekanntgeworden ist. Es ist uns nichts Neues über den wahren Sachverhalt der Belastung Kriedemanns bekannt. Es ist nur so, daß Blumenberg (Hannoveraner Redakteur der SP-Zeitung vor 1933, Leiter der illegalen Arbeit der Sozialistischen Front in Hannover, der sich vor der Verfolgung durch die Gestapo nur durch seine Flucht nach Holland retten konnte), der aus Holland, wo er sich während der ganzen Kriegszeit auch aufgehalten hat, für ein paar Wochen hier in Hannover war, sehr darüber erstaunt war, daß Kriedemann solch hohe Funktion im Parteivorstand innehat. Anscheinend hat Blumenberg wirklich Material gegen Kriedemann. Ich erfuhr durch einen sehr guten Freund von Blumenberg, daß Blumenberg Schumacher klargemacht hat, daß er nicht davor zurückschrecken würde, dieses Material zu veröffentlichen, wenn die Sache Kriedemann nicht bereinigt würde. D.h. aber nicht - und das ist wohl ziemlich sicher - daß er das Material an die KP-Presse gegeben hat, sondern, da Blumenberg vorher mit Spengemann hier eine längere Aussprache gehabt hat, daß Spengemann wahrscheinlich mit dem kommunistischen Sekretär Müller über all diese Dinge gesprochen hat. Das Schlimmste an dem Fall Kriedemann scheint mir zu sein, daß man zu wenig darüber erfährt, selbst von Leuten, die es eigentlich wissen müßten, was mit der ganzen Geschichte los ist.

Zu dem einen Skandal noch einen anderen. Der Wirtschaftsminister auf Urlaub Nölting. Unverständlich ist mir nur, wie Schumacher zu all diesen Leuten kommt, obwohl er doch wissen muß, was mit ihnen los ist, und sie in solch führende Positionen bringt bzw. beläßt.

Gewerkschaft

Trotz der Bielefelder Beschlüsse⁵¹, die Gewerkschaftsbewegung der britischen Zone auf Industrieverbände umzustellen, wird hier von unserer Gebietsleitung versucht, ihre Organisationsform zu retten. Man kann Herrn Albin Karl den Vorwurf nicht ersparen, daß durch seine Halsstarrigkeit und durch das Festhalten an der zentralistischen Form die Gefahr, daß die zentrale Zusammenfassung der Gewerkschaften in der britischen Zone nicht wirkungsvoll genug erfolgt, vergrößert worden ist. Die Gefahr scheint mir diese zu sein: Durch eine zu straffe zentralistische Organisation ist man - vor allem auch hier in [der] Stadt Hannover - in das entgegengesetzte Extrem hinübergewandert und propagiert nun teilweise autonome Industrieverbände, wobei die Angestellten auch noch wieder ihre eigene Suppe kochen möchten. Die Gefahr, daß dem Bunde zu wenig Exekutive gegeben wird, um die zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen durchzuführen, wird dadurch ungeheuerlich erhöht. Es besteht die Möglichkeit, daß man auf den Stand von 1933 wieder zurückkommt. Sicher ist, daß die Verteilung der Exekutivgewalten zwischen dem Bund und den einzelnen Industriegruppen das Zentralproblem der Gewerkschaft ist und daß man sich auch bis in die Spitzen der Gewerkschaften in den meisten Orten nicht über die Bedeutung dieses Problems klar ist.

für die Gestapo arbeiten werde. Von der illegalen Arbeit solle man ihn fernhalten. Kriedemann schlug Blumenberg - offenbar im Auftrag der Gestapo - vor, für Geld die Geschichte der SF aufzuschreiben, was Blumenberg aber ablehnte. Im Jahr 1937 bewarb sich Kriedemann vergeblich um den vakanten Posten eines Funktionärs der „Zentralvereinigung deutscher Emigranten“. 1938, als man sich der Spionagetätigkeiten Kriedemanns sicher sein konnte, mußte er seine Amsterdammer Wohnung im Hause des Sozialisten van Looi verlassen und zog zu der deutschen Emigrantenfamilie Saar. Innerhalb der illegalen politischen Arbeit wurde er daraufhin isoliert. Vgl. hierzu Blumenberg, Sozialist, S. 41f.

⁵¹ Für einen Abdruck der Entschließungsentwürfe der Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone in Bielefeld vom 21. - 23.8.1946 vgl. Mielke, Aufbau, S. 401-403. Zur Bielefelder Konferenz vgl. u.a. Klein, Vereint, S. 317.

Eine starre Haltung der vier Gebietsführer kann also die Gefahr des Auseinanderfallens nur vergrößern. Karls Standpunkt wurde am deutlichsten durch Äußerungen auf der Niedersachsen-Konferenz⁵², wo er kundtat, daß sich durch die Entschließung in Bielefeld an dem augenblicklichen Zustand nichts geändert habe und er dadurch dokumentierte, daß er nicht daran denkt, in Hannover von der Form der Allgemeinen Gewerkschaft (zentralistisch) abzugehen und die Entwicklung zu der Form der Industrieverbände in Angriff zu nehmen und zu fördern.⁵³ Das wird uns hier in Hannover noch einige Schwierigkeiten bereiten. Trotz der Haltung des Kollegen Karl sind einige unserer Wirtschaftsgruppenvorsitzenden (sprich Industrieverbandsvorsitzende) schon dabei gegangen und haben von hier aus die Organisierung ihrer Industrieverbände in Angriff genommen. Es bestehen außerdem Reibungen zwischen den einzelnen Vorsitzenden der Allgemeinen Gewerkschaft in den Außenorten und kleineren Orten im Bezirk Niedersachsen und den Leitern der Wirtschaftsgruppen hier in Hannover. Die Leiter der Allgemeinen Gewerkschaft in den Orten fürchten um ihre souveräne Stellung. Es steckt dahinter auch eine wirkliche Befürchtung, daß in den kleineren Orten, wenn man die Gewerkschaft in 15 Industriegruppen aufteilt, die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung geschwächt werden, wenn nicht sogar die gesamte Organisation auseinanderfällt, falls man sich nicht vor Errichtung von Industrieverbänden darüber einig wird, welche Exekutive beim Bunde liegt und welche bei den Industriegruppen.

Mir scheint es wichtig, daß in den kleineren Orten der Bund (also der frühere ADGB) eine weit größere Macht haben muß und die Zusammenfassung viel enger sein muß als früher, um eben diesen wirklichen Schaden, der durch eine Aufspaltung in Industrieverbände entstehen könnte, zu beheben. Viel kommt hierbei auf die einzelnen führenden Kollegen in den Orten an, die sich mehr nach der Notwendigkeit der Sache ausrichten müßten als nach ihren persönlichen Machtgelüsten.

Herzlichen Gruß! Alfred⁵⁴

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 30.9.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
maschinenschriftlich

Lieber Willi!⁵⁵

Nur kurz folgendes zu der Kriedemann-Geschichte, ich meine, daß es wichtig genug ist, Dir noch mitzuteilen.

Unser Genosse Heinz Westphale hatte mit dem Betriebsleiter des Bezirks Hannover der KP, Kurt Müller, ein Gespräch, aus dem folgendes hervorging: Müller kam gestern (29.9.) aus Berlin zurück, wo er angeblich zu dem Zweck gewesen ist, um den Fall Kriedemann noch einmal zu untersuchen. (Müller ist derjenige, der die Anschuldigung gegen Kriedemann in der „Hannoverschen Volksstimme (KP)“ veröffentlicht hat.) Er hat eine dicke Mappe von

⁵² Die Niedersachsen-Konferenz fand am 11./12.9.1946 in Hannover statt. Hier wurde u.a. von Otto Brenner eine rasche Gründung autonomer Industrieverbände gefordert. Vgl. hierzu Hartmann, Entstehung, S. 282f.

⁵³ Zur Position Karls bei der Gewerkschaftsentwicklung in Niedersachsen vgl. u.a. Klein, Vereint, S. 314ff.

⁵⁴ Dem Bericht liegt als Anlage ein nicht unterzeichnetes, hektographiertes Schreiben „Herbert Kriedemann gegen weitere Verleumdungen“ bei.

⁵⁵ Handschriftlicher Zusatz: „(vertraulich zu behandeln!)“.

Abschriften mitgebracht, in der eindeutiges Material gegen Kriedemann vorhanden sein soll. Unser Genosse Westphale hat nicht alle Dokumente gesehen. Wichtig ist dabei noch, daß es sich bei diesen Dokumenten um Abschriften handelt.

Müller erzählt, Kriedemann sei zwar vom Oberreichsanwalt wegen Landesverrat angeklagt gewesen und auch zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, habe aber seine Strafe nicht abgesessen, noch habe er vor dem Prozeß in Untersuchungshaft gesessen, wie das bei der Schwere solcher „Verbrechen“ üblich gewesen sei. Er habe vor und nach dem Prozeß in Nienhagen auf einem Gut als Gutsverwalter gearbeitet. Die Freilassung nach dem Prozeß wegen Landesverrat, der also nach seiner Rückkehr aus Holland angestrebt wurde, soll auf Veranlassung der Gestapo vor sich gegangen sein. Während seiner freien Zeit in Nienhagen vor dem Prozeß hat ein Gestapobeamter an Kriedemann ein Schreiben gerichtet, in dem dieser Beamte auf den bevorstehenden Prozeß hinweist. Der Inhalt dieses Schreibens, das unser Genosse Westphale gelesen hat (Abschrift), ist ungefähr folgender: Kriedemann brauche keine Angst zu haben. Obwohl der Oberreichsanwalt die Sache noch einmal aufgegriffen habe, werde sie (Gestapo) schon das ihrige dazu tun, um die Sache zu bereinigen. Weiter enthielt das Schreiben einige Erkundigungen nach seinem persönlichen Wohlergehen und auch einige freundschaftliche Wünsche. - Ein anderes Schreiben an die angebliche Deckadresse Kriedemann in Holland hatte den ungefähren Inhalt (nach Heinz' Erinnerung): Ich erlaube mir, Ihnen beifolgend eine kleine Aufmerksamkeit (oder Unterstützung) zu senden. - Müller schließt daraus, daß Geldzuwendungen an Kriedemann von der Gestapo abgegangen sind. Kriedemanns Antwort an den Gestapomann, die Heinz aber nicht gelesen hat, soll nach Behauptung von Müller die Anrede „Lieber Dicker“ tragen.

Müller gibt weiter an, daß die Schreiben an Kriedemann nach Holland von der Berliner Gestapo an eine westdeutsche Gestapostelle geschickt sind mit dem Auftrage, die Schreiben in Holland in den Postkasten zu stecken. Nach Müllers Behauptung sind die Begleitschreiben der Berliner Gestapo an die westdeutsche Gestapostelle in Berlin vorhanden.

In Gestapoprotokollen (es handelt sich hier um Berichte der Gestapovernehmungsbeamten für ihre Dienststelle und nicht etwa um Protokolle, die den Angeklagten vorgelegt wurden.) über Vernehmungen von Mitgliedern der Sozialistischen Front sollen sich mehrfach die Sätze wiederholen wie „der Name Kriedemann soll nicht erwähnt werden“, ferner „als der Beschuldigte den Namen Kriedemann erwähnte, habe ich die Verhandlung unauffällig auf ein anderes Gleis gelenkt.“ Diese Protokolle sollen ebenfalls vorhanden sein.

Heinz hat den Eindruck aus der Unterhaltung mit Müller gewonnen, als wäre sich Müller der Tatsache, daß Kriedemann ein Gestapoagent war, vollkommen sicher, und er hat den Fall nicht nur aufgeführt, um die übliche kommunistische Brunnenvergiftung zu betreiben. Müller wartet auf die Klage von Kriedemann und ist vollkommen sicher, daß Kriedemann dabei hereinfällt. Bislang ist eine Klage noch nicht erfolgt - oder besser: Müller hat noch nichts davon gehört. Müller gibt an, daß er vor der Veröffentlichung des Materials in der „Hannoverschen Volksstimme“ (KP) mit Kopf (Oberpräsident), Schumacher und Heine eine Unterredung hatte. Heine hätte sich dabei von vornherein zugunsten von Kriedemann festgelegt. Schumacher hat die Einsetzung einer Untersuchungskommission unter Teilnahme von Heine zugesagt. Müller habe Heine als befangen aus den vorgenannten Gründen abgelehnt. Bislang hat die SP öffentlich nichts unternommen. Heinz hat den Eindruck, daß Müller, wenn es zu keiner Untersuchung des Falles Kriedemann kommt, mit neuem Material an die Öffentlichkeit treten wird.

Nach Müllers Angabe hat die KP schon wieder Material über die Zusammenarbeit eines hohen SP-Funktionärs mit der Gestapo. Dieser soll mit S 4 bezeichnet sein.

Regierung Hannover

Durch meine Zugehörigkeit zu einem Entnazifizierungs-Unterausschuß der Regierung habe ich etwas von der Art, wie Hannover regiert wird, kennengelernt. An der Spitze unseres Regierungsbezirkes Hannover steht, wie Du vielleicht schon weißt, der ehemalige Rechtsanwalt Ellinghaus und als zweiter Chef Vizepräsidentin oder Regierungsoberdirektorin Theanolte Bähnisch. Als deren Stellvertreter erscheint ein Regierungsdirektor Dr. Voigt.

Zu den ersten beiden ist zu sagen, daß sie katholisch sind, nicht nur dem Namen nach. Der Präsident hat einmal bei der Entnazifizierung eines Katholiken, der im übrigen auch nazistisch belastet war, geäußert: „Meine Herren, wenn wir den nicht durchbekommen, kommt mir der Bischof von Hildesheim auf den Kopf.“ Wie noch mehrere andere Fälle beweisen, ist der Bischof von Hildesheim überhaupt der eigentliche Regierungspräsident. Es werden bei Neueinstellungen überwiegend Katholiken berücksichtigt, und zwar vornehmlich in den hohen Stellen. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, wie politisch belastet sie sind, sondern der Regierungspräsident und einige andere Mitglieder des Unterausschusses versuchen krampfhaft, sie auf Biegen oder Brechen durchzubekommen.

Daß der Regierungspräsident Ellinghaus neuerdings auch der Generalinspekteur der Entnazifizierung in der britischen Zone geworden ist, ist nicht nur ein schwarzer Tag, sondern ein schwärzester, wenn dieses möglich wäre. Der Mann ist, kurz gesagt, vollkommen unzulänglich. Dazu ein Beispiel:

Er hält einen ehemaligen Obersten der Schutzpolizei für tragbar, der wie folgt aussieht: (Der Fall ist überhaupt interessant genug, damit Du ihn Dir merken mußt, um den Mann zu Fall zu bringen, falls dies nicht im Hauptausschuß schon vorgenommen wird. Ich werde Dir später darüber schreiben.) Vorgesehen ist dieser Mann entweder als Polizeidezernent bei der Regierung in Hannover oder in einem Sicherungsrat⁵⁶ zum Zonenbeirat (ich bin nicht sicher, daß dies die richtige Bezeichnung für diese Stelle ist).

Dietz, Joseph - Oberst⁵⁷ - Pg seit 1.5.1937

Dezernent und Ia Sachbearbeiter beim IDO in Hannover als Oberstleutnant von 1939-1941. War also in dieser Funktion der stellvertretende Chef der Polizei in Hannover zu dieser Zeit.

Vom 1.11.1941 - 1.4.1943 Dezernent und Ia Sachbearbeiter beim IDO in Posen, also eine dicke Beförderung, da es sich bei dieser Stelle um die gesamte Verwaltung von Posen handelt. Er gab übrigens zu auf Befragung in unserem Untersuchungsausschuß, daß er auch in dieser Eigenschaft bei der Einsetzung der Kommandeure der Schutzpolizei in Posen mit hinzugezogen und befragt worden ist, was seine besondere Vertrauenswürdigkeit zumindest dar- tut.

Vom 1.4.1944 bis zum Ende⁵⁸ war er Gruppenkommandeur in Wien. (Wien war, soweit ich weiß, in drei oder vier Gruppenkommandos aufgeteilt, was also in der Verantwortung einer Polizeipräsidentenstelle von Hannover oder einer ähnlichen Stadt gleichkommt.) In dieser Stellung war er als Oberst.

Er ist unter den Nazis also zweimal befördert - einmal zum Oberstleutnant, zum zweiten Mal zum Obersten. Nach den Regeln der Engländer gehört er zu denjenigen Personen, die auf Grund ihrer hohen Stellung in der Polizei eigentlich verhaftet werden müßten. Dem Entnazifizierungs-Unterausschuß lagen Leumundszeugnisse des Bischofs von Hildesheim, des Oberregierungsrats Gustav Mielhausen (Oberpräsidium der Nord-Rhein-Provinz, Polizeiabteilung) und des Barons A. von Jeinsen (Rittergutsbesitzer in Gestorf bei Hannover) und ein

⁵⁶ Handschriftlicher Zusatz: „(oder Sicherungsausschuß)“.

⁵⁷ Handschriftlicher Zusatz: „(der Polizei)“.

⁵⁸ Unleserlicher handschriftlicher Zusatz.

Schreiben eines Dr. Tegethoff, Oberregierungsrat im Polizeipräsidium, vor. Soweit ich weiß, handelt es sich bei allen um strenggläubige Katholiken, natürlich auch bei unserem Dietz. Die Engländer haben, wahrscheinlich auf Einwirkung des Bischofs und anderer hoher Katholiken, den Mann für diese hohen Stellungen akzeptiert und werden also, falls die deutschen Entnazifizierungsausschüsse nichts dagegen einzuwenden haben, ihn zu einem dieser Posten berufen. Meiner Ansicht nach gehört ein Mann, der in solch hoher Stellung bei den Nazis gewesen ist, zum Schutträumen.

Es wurde schon des öfteren versucht, den Dietz unterzubringen. So versuchte man beim Polizeipräsidium Hannover, für ihn wenigstens noch die Pension zu retten, welches aber der hiesige Kommandeur Brunke mit einer Zeile in seinem Schreiben abtat: „Oberste der Polizei werden nach Anordnung der Militärregierung nicht behandelt. Brunke.“

Zu der Frau Bähnisch ist auch weiter nichts zu sagen, als daß sie katholisch ist.⁵⁹

Über den Voigt ist folgendes zu sagen: Voigt war bis 1928 Landrat in Frankfurt/Oder. In den Jahren 1932-34 Vorstandsmitglied von den Deutschen Waffen- und Munitionswerken. Kein Pg. In der ersten Sitzung des Entnazifizierungsausschusses der Regierung Hannover, dem er als Vorsitzender angehört, benahm er sich wie folgt:

Memelland⁶⁰-Fall:

Der Mann war Pg seit Einmarsch der Deutschen und trat sofort in die Partei und SA ein.

Äußerung Voigt dazu:

Man kann dem Mann doch keinen Vorwurf machen, wenn er begeistert darüber war, daß das Memelland wieder zum Reich kam, und daß er dann in die Partei eingetreten ist, kann man ihm in der Begeisterung nicht übelnehmen. Ich hätte wohl dasselbe getan, bei der Unterdrückung durch die Fremden.

Äußerung über die sofortige Entlassung von Beamten durch die Entnazifizierung:

Man muß Deutschland wieder zu einem Rechtsstaat machen, und die Regelung der Entlassung der Beamten durch den Entnazifizierungsausschuß ohne irgendwelche Pension ist eine besondere Härte - entgegen allem Beamtenrecht.

Zu der Äußerung von Frau Feuerstak und Herrn Heinz Westphale, daß auch sie ohne Rücksicht von den Nazis entlassen wurden, entgegnete er, daß die Nazis noch humaner waren als die jetzigen Bestimmungen sind, die haben sich doch an das Gesetz gehalten und Pensionen bezahlt.

Heroismus und illegale Arbeit:

Es sind nun nicht alle Helden gewesen, die von den Nazis entlassen oder eingesperrt worden sind. Manche haben einfach zu sehr auf die andere Seite gesetzt.

Fall von Lust:

Aktiver Offizier, seit 32 (?) Oberst. Auf unsere Bemerkung, ein Oberst, der 1935 freiwillig vom Kaufmann zum Offizier umsattelt, sei ein Militarist, entgegnete er:

Jeder Soldat ist in jedem Staat eine geachtete Person, darum können Sie ihn nicht angreifen!

Zur Durchführung der gesamten Entnazifizierung:

Wir brauchen nicht päpstlicher zu sein als der Papst. Diese Bemerkung bezog sich auf die Engländer und war derart, daß sie zum Ausdruck gab, die Entnazifizierung erfolgt, weil es eine Anordnung der Engländer ist, die er keineswegs für notwendig hält.

⁵⁹ Gestrichen: „und jedenfalls auch in die CDU gehört“.

⁶⁰ Am 22.3.1939 wurde das Memelgebiet, das seit 1923 zu Litauen gehörte, auf Druck Hitlers dem Deutschen Reich angeschlossen.

Es hat mich noch jemand gefragt, wo Maria Juchacz steckt und was mit Mathilde Wurm los ist. Vielleicht kannst Du mir darüber mal etwas schreiben?

Herzliche Grüße! Alles Gute!
Dein Alfred Dannenberg

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 22.10.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich sende Dir zwei Briefe, die in der Angelegenheit Nölting eine große Rolle gespielt haben.⁶¹ Beide Briefe kommen von einem Schulrektor Albert Heil, Berlin-Steglitz. Ausgegraben wurden die Briefe von Dr. Dückerhoff, ein Bekannter von Pennemann. Dr. Dückerhoff war früher stellvertretender Leiter der Wirtschaftsverwaltung Niedersachsens (früher Landeswirtschaftsamt). Er ist ein entnazifizierter Pg; Dr. Dückerhoff war allerdings schon, bevor er entnazifiziert wurde, von Nölting aus der Wirtschaftsverwaltung ausgebootet - wie gesagt wird - auf nicht ganz geradem Wege. Dieses nahm nun seinerseits Dr. Dückerhoff Nölting sehr übel, was dann seine (Dückerhoffs) Bereitschaft, sich gegen Nölting gebrauchen zu lassen, erklärt. Er soll aus diesen Motiven die Briefe besorgt haben.

Nölting ist vor dem Besuch Dückerhoffs bei Pennemann gewesen, wahrscheinlich um Belastungsmaterial zu beseitigen oder sonst um gutes Einvernehmen zu bitten.

Ort der Handlung (der wirtschaftlichen Machinationen Nöltings): Parma

Ort der Verhandlung (Kriegsgericht): Verona!

Es ist wahrhaftig keine Freude, sich mit so viel Korruption und Unehrllichkeit abgeben zu müssen. Die Situation, in der wir leben, ist in dieser Beziehung keine leichte. Sehr viel Schlamm wird nach oben gespült, auch innerhalb unserer nächsten Nähe. Es ist unglaublich unangenehm! Oft muß ich an Deine Mahnung denken, die mir sehr aus dem Herzen gesprochen ist, daß wir nicht auch noch an diesen Dingen auch nur dadurch Anteil nehmen, daß wir es weiter berichten. Doch halte ich es auf Grund Deiner Stellung für nötig, diese Dinge Dir mitzuteilen, damit Du ein Wort mitreden kannst. Das ist notwendig, wenn das Ganze überhaupt noch einen Sinn haben soll. Im übrigen weiß ich, daß Du den richtigen Gebrauch von diesen Mitteilungen machst.

Noch etwas zu der Entnazifizierung und dem großen Herzen des Bischofs von Hildesheim. Das letzte Mal schrieb ich schon über den Polizeiobersten Dietz, der auch ein Leumundzeugnis des Bischofs von Hildesheim hatte. Jetzt noch ein viel dollerer Fall, den ich Dir mit allen Abschriften zukommen lasse.⁶²

Bemerken möchte ich nur, daß in diesem Falle der Regierungspräsident Ellinghaus nicht mehr mit abgestimmt hat, weil er inzwischen durch seine Ernennung zum Generalinspekteur der Entnazifizierung aus dem Entnazifizierungs-Unterausschuß der Regierung ausgeschieden ist. Der Entnazifizierungsausschuß hat diesen Burschen auch abgelehnt.

⁶¹ Konnte nicht ermittelt werden.

⁶² Konnte nicht ermittelt werden.

Was hältst Du von dem Ausgang der Wahlen?⁶³ Ich habe die Stellungnahme, - die Du wohl gelesen hast?, in der Rheinischen Zeitung gelesen. Ich stimme überein, daß der Sozialismus die Tagesaufgabe ist. Wie kommen wir der Geschichte aber bei, nach diesem Mandatergebnis? Jetzt einmal ganz handgreiflich. - Was werden die einzelnen Städte, die mit einer SPD-Mehrheit - tun können auf dem Wege zum Sozialismus, mehr als eine deutliche Herausstreichung eines vernünftigen kommunalen Aufbaus; „kommunaler Aufbau“, der bei der Notlage in Deutschland sich mit mehr als guten Parolen abgibt. Ich halte es natürlich für wichtig, daß die Zeit bis zur nächsten Wahl dazu benutzt wird, in den kommunalen Parlamenten auch ganz deutlich zu unterstreichen, welche Unterschiede z.B. zwischen SPD- und CDU-Politik bestehen. Aber werden wir zu mehr kommen? Die Situation hat doch in manchem eine verdammt Ähnlichkeit mit der von 1918, ausgenommen die Schwäche der Arbeiterorganisationen (Aufbau), Besetzung, die eine andere Beurteilung der Schuldfrage nötig macht.

Unsere Situation der Gewerkschaften hier am Ort gesehen - und auch wohl weiter in der ganzen britischen Zone ist gekennzeichnet durch

- 1) den Aufbau in den Organisationen und in den Betrieben. Organisationsproblem nicht gelöst. Betriebskollegen (Betriebsräte) meist sehr hilflos,
- 2) die Unfreiheit - Unmöglichkeit einer direkten gewerkschaftlichen Betätigung -. Situation: mies, wo bleiben die Erfolge? „Was tut denn die Gewerkschaft?“ Gängelung durch die Engländer.
- 3) den mangelnden Überblick über die vorhandenen Chancen der älteren, gewieften „Bonzen“. So zeigt es sich jedenfalls hier in meiner näheren Umgebung. Keine Konzeption richtiger Gewerkschaftspolitik und Strategie - um ein schönes Wort zu benutzen. Es fällt uns jüngeren „Bonzen“ zu, sie zum Beispiel zum Vorgehen in der Sache der Betriebsvereinbarungen zu bewegen und eventuell auch zu anderen Mitteln Zuflucht zu nehmen als nur zu Verhandlungen, die heute schon meistens nicht zu etwas führen. Wir überlegen stark, ob wir hier nicht einmal ein bißchen Aufruhr in den Laden bringen, um den schon steifen Nacken der Unternehmer ein wenig einzuknicken. Bei Aufruhr meine ich Arbeitsniederlegung. Doch darüber ein andermal mehr. Die mangelnde Durchorganisation der Betriebe macht uns da noch ein wenig Kopfschmerzen. Vielleicht haben wir mal die Gelegenheit, darüber zu reden.

Nun herzliche Grüße,
auch an alle in der Nachbarschaft
Dein Alfred Dannenberg

Bitte wenden!

N.B.

Zu den Beschuldigungen gegen Küster teilt mir unser Genosse Westphale noch mit, daß Küster zu diesen Anschuldigungen zu ihm gesagt hat, alle Ankläger wären Mischlinge gewesen, arbeitsscheue Elemente, die immer für sich besondere Vorteile gesucht hätten. Der Eindruck unseres Genossen war der, daß Küsters Wäsche nicht ganz sauber ist. Der KZ-Aus-

⁶³ Gemeint sind die Kommunalwahlen in der britischen Zone am 13.10.1946: Ergebnis in Niedersachsen: SPD 28,1%, CDU 15,1%, DP 13,3%, FDP 5,1%, KPD 3,4%, Zentrum 0,1%.

schuß hat die Betreuung von Küster abgelehnt, weil sich Küster beleidigt fühlte durch die Zumutung einer Prüfung des Falles - er also eine Untersuchung ablehnte.

Die Anordnung der Militärregierung über die Beschäftigung von entnazifizierten Richtern spricht für sich.

Alfred Dannenberg

Alfred Dannenberg aus Hannover an Willi Eichler, 14.11.1946

NL Eichler,
ISK Korr Bo-Fla
maschinenschriftlich

Lieber Willi!

Ich möchte Dir heute einiges über unsere Erfahrungen in unserer Gewerkschaftsarbeit mitteilen.

Wir sind in Hannover nun endlich so weit, daß wir unsere Industrieorganisationen auf- und ausbauen können. Ich sage nun endlich, weil ich der Überzeugung bin, daß bei der Sucht nach einer zu großen Zentralisation in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung in die Gefahr geraten würde, wieder ein großer, tönender Koloß, von oben diktiert, ohne Leben und Initiative von unten, zu werden. Ich neige also zu der Ansicht, daß es immer noch besser ist, 15 absolute Könige zu haben als einen absoluten Kaiser. Ich stand mit dieser Auffassung hier in Hannover, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ziemlich allein da. Die Gewerkschaftsform war die „Allgemeine Gewerkschaft“, d.h. stark zentralisierte Zusammenfassung aller Industriegruppen in einem Verband. Durch die Beschlüsse von Bielefeld⁶⁴ ist die Frage, wenn auch nicht vollkommen, so doch bis zu einem gewissen Grade für die Industrieverbände entschieden.

Der Kollege Karl, der sich bis vor kurzem hartnäckig geweigert hat, diesem Bielefelder Beschluß sich zu beugen und den Industriegruppen die Möglichkeit zu geben, sich gebietsmäßig zusammenzuschließen, hat nun seinen Widerstand aufgegeben und empfiehlt den Industriegruppen den gebietsmäßigen Zusammenschluß. Wie ich schon in einem anderen Brief an Dich⁶⁵ angedeutet hatte, gibt es hier noch andere Kollegen, die der Auffassung einer industriemäßigen Zusammenschließung huldigten. Die Motive waren durchaus nicht die einer zu zentralisierten Organisation, sondern mehr in persönlichen charakterlichen Eigenschaften dieser Kollegen zu suchen. Sie haben es satt, sich von einer „Direktion“ Direktiven geben zu lassen. Diese Motive geben nun durchaus nicht die Gewähr, daß die Selbständigmachung der Industriegruppen von diesen Kollegen nicht zu weit getrieben wird und die zentrale Zusammenfassung der Organisation vernachlässigt oder ganz und gar hintertrieben wird. Die Folgen einer solchen vollkommenen Dezentralisation braucht man nicht erst näher zu kennzeichnen.

Zu all diesen Schwierigkeiten kommen noch die ungeklärten Fragen: Wo sollen die Angestellten organisiert werden? Welche Berufe bzw. Gruppen von Berufen sollen in welchen Industrieverband? Der Kollege Karl wie überhaupt das Niedersachsen-Sekretariat (unsere zentrale Leitung für das gesamte Land Niedersachsen - Leitung Albin Karl) hat von vornherein

⁶⁴ Vgl. hierzu oben S. 360

⁶⁵ Gemeint ist der Brief Dannenbergs an Eichler vom 25.9.1946, hier abgedruckt S. 359

sich durch die Angestellten überreden lassen, daß bei der vorhandenen Mentalität der Angestellten sie nicht zu einer Organisation in Industrieverbände (Angestellte eingeschlossen. Theorie: Alles, was durch ein Fabriktor geht, wird in einer gewerkschaftlichen Organisation zusammengefaßt) zu bewegen sind. Hier muß man sowohl Karl wie auch Beermann den Vorwurf machen, daß sie nicht aktiv genug für eine Industrieorganisation überhaupt sich eingesetzt haben und außerdem als Leiter der hiesigen Angestelltengruppe einen Menschen zugelassen haben, der mit aller Gewalt die Angestellten für sich halten will.

Die Organisationsstreitigkeiten nehmen immer noch einen großen Teil unserer Arbeitskräfte in Anspruch. Dies ist außerordentlich gefährlich, da die soziale und wirtschaftliche Situation für die Gewerkschaften meiner Ansicht nach so ist, daß sie wirklich alle Kräfte für die Lösung der Aufgaben erfordert.

Die Organisation hier in Hannover (- rein persönlich gesehen), ist in keiner außergewöhnlich beneidenswerten Lage. Nachdem ich nun etwa 1/2 Jahr mitgewirkt und die einzelnen Kollegen besser kennengelernt habe, muß ich sagen, die Unzulänglichkeiten in bezug auf eine ordentliche Gewerkschaftspolitik sind ziemlich groß, oder besser formuliert: Es gibt wenige wirkliche Kämpfer unter ihnen. Die alten Gewerkschaftler sind das Taktieren von früher her gewohnt. Ich will Dir an einem Beispiel klarmachen, was ich meine. Wir haben im Augenblick eine riesige Arbeit vor uns, nämlich die Durchsetzung der Betriebsvereinbarungen. Kurz zu Deiner Information: Es handelt sich hierbei um eine Abmachung zwischen dem Betriebsrat und der Firmenleitung, die die Rechte des Betriebsrates gegenüber dem Chef der Firma festlegen soll. Diese Vereinbarungen haben also arbeitsrechtlich einen großen Wert, weil sie nach meiner Ansicht neues Arbeitsrecht schaffen und den Einbruch in die Autorität und Diktatur des Unternehmers bedeuten. Diese Betriebsvereinbarungen sind durchaus in der Lage, als Grundlage für kommendes Arbeitsrecht zu dienen. Wir, d.h. die Metallarbeiter, verfolgten nun die Taktik, unsere Betriebsräte aufzufordern, den gewerkschaftlichen Entwurf einer Betriebsvereinbarung ihrem Unternehmer vorzulegen, ohne vorher mit den Unternehmerorganisationen zu verhandeln. Diese Vorschläge waren um so mehr notwendig, weil etwa im Mai, als diese Aktion begann, Arbeitnehmerorganisationen überhaupt noch nicht genehmigt waren, wir also keinerlei Verhandlungsgegner hatten, mit denen diese Vereinbarungen vorgearbeitet und abgeschlossen werden konnten. Wir hatten auch nicht die Absicht, den „illegal“ bestehenden Arbeitnehmerorganisationen de facto eine Anerkennung zu geben durch Verhandlungen, die sie de jure nicht hatten. Wie sich aus den Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen gezeigt hat, sind wir da vollkommen richtig vorgegangen, denn der ungeheure Wust von Betriebsvereinbarungen, die den Industriellen durch die Aktion unserer Kollegen im Betriebe vorgelegt wurde, machte sie ganz entschieden nervös. Unsere Absicht war es, durch die Versammlungen und Einzelaktionen in den Betrieben diese Nervosität zu steigern und ihrer Geneigtheit zum Abschluß von ordentlichen Betriebsvereinbarungen nachzuhelfen.

Ich habe des öfteren mit Kollegen aus anderen Industriegruppen Besprechungen und Aussprachen über unser Vorgehen gehabt und hatte die Absicht, sie zu veranlassen, genauso zu arbeiten. Diese Absicht ist bislang glänzend zunichte [gemacht] worden. Das liegt an den schon erwähnten personellen Unzulänglichkeiten, schreib mangelnder Zivilcourage und auch wohl, trotz langer Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit, Mangel an Übersicht über die Bedeutung der Vereinbarungen und über die sogenannte Strategie eines solchen Kampfes. Es wurde uns (Metallarbeitern in Hannover) klar, daß eine solche Aktion nur von uns allein durchgeführt werden konnte und wir in diesem Fall gänzlich auf uns allein gestellt sind. Brenner und ich wurden uns einig, daß wir auch vor evtl. Streiks nicht zurückschrecken wollten, im Gegenteil haben wir in einigen Versammlungen der Betriebsräte der Gruppe Metall -

immerhin 1/4 der gesamten Gewerkschaft in Hannover - ganz deutlich gesagt, daß man sich auf solche Arbeitskämpfe einschließlich Streiks gefaßt machen müsse.

Von der Allgemeinen Gewerkschaft in Hannover wurden dann mit der Zentrale der Arbeitgeberverbände Verhandlungen aufgenommen über einen Entwurf bzw. Richtlinien zu einer Betriebsvereinbarung. Entwurf oder Richtlinie darum, weil Gewerkschaften so wenig wie Unternehmerverbände autorisiert sind, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, da es sich hier rechtlich um einen Vertrag zwischen Vertretung der Belegschaft und der Firmenleitung handelt.

Diese Verhandlungen kamen dann auch zu einem gewissen Abschluß, der uns Metallarbeitern nicht behagte. Im Gegensatz zu den meisten alten besoldeten Kollegen waren wir der Ansicht, daß die ausgehandelten Richtlinien noch in mehreren Punkten zu verbessern seien, um sie als Richtlinien für Abschlüsse im Betrieb empfehlen zu können. Von den Unternehmerverbänden waren die ausgehandelten Richtlinien schon als tragbar gemeldet. Unser 1. Vorsitzender der Gewerkschaft in Hannover hatte auch schon die Richtlinien als akzeptabel bezeichnet, und in diese Harmonie platzten wir mit unseren Abänderungsanträgen, die auf einer erweiterten Vorstandssitzung aller Gewerkschaften in Hannover dann von uns durchgebracht wurden. Das hatte zur Folge, neue Verhandlungen von den Unternehmern zu verlangen. In diese Situation platzte der Streik von BODE⁶⁶ hinein, der die Unternehmer veranlaßte, keinerlei Verhandlungen vorerst wiederaufzunehmen, sondern die ganze Angelegenheit der Betriebsvereinbarungen auf dem Wege eines ministeriellen Erlasses zu regeln oder von einer gesetzlichen Regelung durch Landtage abhängig zu machen. Alle Versuche der Kollegen, in den Betrieben weiter die Betriebsvereinbarungen zu verhandeln und durchzubringen, wurden von Unternehmenseite mit der Entschuldigung abgewiesen, daß vom Ministerium Richtlinien allgemeiner Natur herausgegeben werden sollten. Wir haben dann mit Hilfe des Wirtschaftsministers Kubel die Haltung der Unternehmer durchbrochen, indem wir Kubel einen Brief schreiben ließen, der besagte, daß vorläufig mit einem ministeriellen Erlaß nicht zu rechnen sei, da ja zwischen den beiden Partnern noch Verhandlungen möglich seien, daß auch der Fall Bode keinen Präzedenzfall bilde. Die Unternehmer wurden so gezwungen, unserer Taktik, jeden Betrieb einzeln zu erobern, nachzugeben. Der Fall Bode wurde schnell wieder aufgegriffen und von den Unternehmerverbänden durch Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu einem brauchbaren Abschluß gebracht.

Zum Fall Bode noch einige interessante Einzelheiten: Wir haben von Gewerkschaftsseite aus uns in keiner Weise angestrengt, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, sondern den ersten Schritt den Unternehmern überlassen. Es wurden mehrere Versuche von den Unternehmern gemacht, den Streik beizulegen. Die eigentlichen Schlußverhandlungen wurden eingeleitet durch die Unternehmer, indem sie uns baten, noch einmal zu dem Fall Bode Stellung zu nehmen. Es war ein groß angelegter Versuch, die Gewerkschaften einschließlich Betriebsrat Bode mit vielen juristischen Spitzfindigkeiten elegant hereinzulegen. Beiläufig möchte ich hier sagen - das ich Dich bitte, vertraulich zu behandeln - hat auch hier in diesem Fall der Kollege Albin Karl nicht ganz seinen Mann gestanden. Es war uns jungen Gewerkschaftsdachsen überlassen, durch das handelsgesetzliche Unterholz eine Bresche zu schlagen und klar die Tricks der Unternehmersyndizi zu erkennen. Was übrigens für mich persönlich wieder einmal dazu geführt hat, meine Auffassung zu bestätigen, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen. Die Unternehmer waren jedenfalls so bewegt und erschüttert, daß sie diese Ver-

⁶⁶ Bode-Panzer ist ein Hannoveraner Metallbetrieb, der vorwiegend Tresore und Panzerschränke herstellt. 1946 gehörte Bode zu den Betrieben, die sich an den Proteststreiks gegen die Urteile des Nürnberger Militärgerichtes beteiligten. Zum Bodestreik vgl. u.a. „Hannoversche Volksstimme“ vom 8.10.1946, Otto Brenners Bericht in der „Gewerkschaftszeitung“ vom März/April 1947 und Hartmann, Entstehung, S. 121.

handlungen als fruchtlos abbrechen und einen neuen Versuch auf ein späteres Datum verlegen.

Diese spätere Verhandlung kam nicht in der alten Form zustande. Im Gegenteil, es war uns gelungen, durch unsere Taktik, die Betriebsvereinbarungen in den einzelnen Betrieben durchzudrücken - während der Zeit der Bode-Streiks wurden in einzelnen Betrieben Betriebsvereinbarungen angenommen und damit die Front der Unternehmer, die auf eine starre Ablehnung des Abschlusses von Betriebsvereinbarungen hinausging, durchbrochen -, zu erreichen, daß nach zwei Tagen, als die neuen Verhandlungen steigen sollten, die Unternehmerorganisationen den Fall Bode „von dem Gesamtproblem der Betriebsvereinbarungen“ loslösten und uns in einem Brief mitteilten, daß Bode die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks allein führen werde. Wir kamen dann mit der Firma Bode zu einer Einigung über eine vorher in einem anderen Betrieb angenommene Betriebsvereinbarung.

Wir haben hier also einen gewerkschaftlichen Erfolg zu verzeichnen, der nicht nur darin besteht, den Streikzweck bei Bode durchgesetzt zu haben, sondern auch den gesamten Unternehmerorganisationen in ihrer Haltung und Taktik zu der Aktion der Betriebsvereinbarungen einen ganz guten Klaps gegeben zu haben. Der Klaps war so gut, daß die Unternehmerverbände in ihrem erwähnten Brief uns außerdem noch mitteilten, „daß die Versuche, zum Abschluß einer allgemein zu empfehlenden Grundlinie (zu kommen), beschleunigt, aktiviert und fortgeführt werden müßten.“ Es hat sich außerdem erwiesen, daß die Furcht der älteren Kollegen in unserem erweiterten Vorstand, wenn wir die von Unternehmerorganisation und den Gewerkschaften ausgehandelten Richtlinien der Betriebe ablehnen und wir zu nichts kommen werden, sich als falsch erwiesen hat. Weiter sind wir mit der Vereinbarung Bode auf einen gewissen Maximumstandard gekommen, der auch weit über die Grundlage der ausgehandelten Richtlinien hinausgeht.

Mangelhaft war tatsächlich die Unterstützung unserer Aktion durch die anderen Industriegruppen, wie man überhaupt den Eindruck haben konnte, wie ich schon erwähnte, daß die Kollegen die Bedeutung dieser ganzen Aktion nicht erkannt hatten. So wurden während des Kampfes z.B. von den besoldeten Funktionären einer Wirtschaftsgruppe hier in Hannover sogar die vereinbarten Richtlinien der Unternehmer und Gewerkschaften, die von unserem erweiterten Vorstand abgelehnt waren, noch wieder bei einer so wichtigen Firma wie die Continental als Verhandlungsgrundlage vorgelegt. Das bedeutet nichts weiter, genau genommen, als den Streikenden bei Bode in den Rücken zu fallen und unser ganzes Bemühen zu torpedieren.

Zu guten Hoffnungen gibt die Haltung der Kollegen in unseren Betrieben Anlaß. Wir hatten gleich nach Ausbruch des Streiks eine Menge zu tun, um sie von ähnlichen Kampfhandlungen abzuhalten, was leider nötig war, weil wir die Haltung der Militärregierung bei einem solchen Unternehmen nicht kannten. Im ganzen läßt sich von unserem Offizier sagen, daß er uns keine Schwierigkeiten bereitet hat. Das Bemühen der KP, durch Pressenotizen auch in der östlichen Zone den Streik bei Bode zu einer politischen Angelegenheit zu machen, wurde durch unsere Haltung unmöglich gemacht. Es ist auch den kommunistischen Kollegen, die immer noch an eine zu reformistische Haltung der gesamten Gewerkschaft glauben, etwas Wind aus den Segeln genommen (wenn das auch oft auf Kosten einer vielleicht allzu großen Angstperiode bei den sozialdemokratischen Kollegen geht). Mir persönlich sind jedenfalls die Gegensätze zwischen einer aktiven Gewerkschaftspolitik und einer nur „reformistischen Verhandlungstaktik“ sehr deutlich geworden.

Mit herzlichem Gruß
Dein Alfred Dannenberg